Nº 15

bildung für europa

Journal der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung

Juni | 2011

Integration durch Bildung

BILDUNG FÜR EUROPA
Nationale Agentur beim
Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB

GD Bildung und Kultur
Programm für lebenslanges Lernen

3 **Editorial**

Staatsministerin Maria Böhmer im Gespräch
4 **Integration ist eine zentrale Zukunftsaufgabe**

Europäische Entwicklungen
6 **Integration hinkt im Bereich Bildung hinterher**

Europäisches Parlament sieht Handlungsbedarf
8 **Zur Förderung von benachteiligten Personengruppen**

Gesetzentwurf vorgelegt
10 **Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation wird erleichtert**

Initiativen der Bundesagentur für Arbeit
12 **Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund**

Bundesinstitut für Berufsbildung geht mit gutem Beispiel voran
14 **Umsetzung der „Charta der Vielfalt“**

Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbständigen mit Migrationshintergrund
15 **Mehr Vielfalt in der Ausbildung**

Best Practice: LEONARDO DA VINCI Innovationstransfer
16 **Berufsvorbereitung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Go4Job**

Best Practice: LEONARDO DA VINCI Partnerschaften
17 **Gründungen durch Migranten – “The immigrant’s business plan”**

Best Practice: GRUNDTVIG Lernpartnerschaft
18 **Lesen fördert Integration – ReBel**

Blick nach Frankreich
19 **Bildungswege und berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung weiterhin stark nachgefragt
21 **Antragszahlen auf konstant hohem Niveau**

Antragszahlen weiterhin auf hohem Niveau
23 **Insbesondere LEONARDO Partnerschaften legen nochmals deutlich zu**

Mobilität des Berufsbildungspersonals
25 **Impulsgeber für Internationalisierung, Modernisierung und Innovation**

27 **Studie Verdeckte Mobilität**

www.ecvet-info.de
28 **Neues Infoportal unterstützt Bildunsakteure bei der Erprobung von ECVET**

Moderner, inhaltlich tiefer und nutzerfreundlicher
30 **EUROPASS-Website neu gestaltet**

Verbesserte Rahmenbedingungen und mehr Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement
32 **Europäischer Austausch hat für Deutschland auch nach 2011 Priorität**

Perspektiven für die Erwachsenen- und Weiterbildung
33 **Lernergebnisse – Schlüssel für die Verständigung in Europa?**

34 **In eigener Sache: Neue Printprodukte**

35 **Kurzmeldungen / Impressum**

© NA beim BIBB

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

das Thema Bildung und Migration ist nicht nur in Deutschland weit oben auf der politischen Agenda. Alle europäischen Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, Migrantinnen und Migranten besser zu integrieren. Die europäische Union kann ihre selbstgesetzten Ziele nur erreichen, wenn sie in der Lage ist, Menschen mit unterschiedlicher Ethnie, Sprache oder kultureller Prägung vergleichbare Lebenschancen zu geben. Dies gilt für den europäischen Arbeitsmarkt genauso wie für die Bildung einer europäischen Zivilgesellschaft. Alles dies sind Gründe, warum der Schwerpunkt dieses Journals das Thema Integration durch Bildung ist.

Integration muss in der Bildung stattfinden. Der Artikel von Adam Pokorny von der Europäischen Kommission zeigt, wie lang dieser Weg noch sein wird und welche Initiativen die Europäische Union ergreift. Dr. Helga Trüpel beleuchtet das Thema aus Sicht des Europäischen Parlaments. Am Beispiel der Roma wird deutlich, in welchem Umfang eine ganze Volksgruppe bisher von Bildungschancen ausgeschlossen war.

Bildung ist aber auch ein Schlüssel für Integration in unserer Gesellschaft. Die aktuellen Arbeiten am Anerkennungsgesetz der Bundesregierung und der Nationale Integrationsplan stehen im Mittelpunkt der deutschen Anstrengungen. Projektbeispiele aus dem Programm für lebenslanges Lernen zeigen, welche innovativen Wege in der Praxis beschritten werden.

Neben dem Schwerpunkt informieren wir Sie in diesem Journal über aktuelle Entwicklungen in und um das Programm für lebenslanges Lernen. Wir ziehen eine erste (positive) Zwischenbilanz der laufenden Antragsrunden. Prof. Dr. Nikolaus Schöpf von der Universität Würzburg ergänzt die in der Journalausgabe 13 im Juni letzten Jahres gestartete Diskussion zu Lernergebnissen durch einen Beitrag aus Sicht der Erwachsenenbildung.

Die NA hat wichtige Medien aktualisiert oder weiterentwickelt: Die ECVET-Koordinierungsstelle hat nun ein eigenes Internetangebot und der Auftritt des EUROPASS im World Wide Web ist nutzerfreundlicher und moderner geworden. Für Sie noch nicht sichtbar sind unsere Arbeiten am Relaunch der NA-Website, der in der zweiten Jahreshälfte folgen wird. Denn: Am Schluss zählt, dass Sie sich gut informiert fühlen …

Ihr

Staatsministerin Maria Böhmer im Gespräch

Integration ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

© BK

Professor Dr. Maria Böhmer
ist seit November 2005 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Frau Professor Böhmer, als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung haben Sie 2007 mit dem Nationalen Integrationsplan erstmals ein integrationspolitisches Gesamtkonzept vorgelegt, das mit seinen über 400 Maßnahmen sehr ambitioniert ist. Noch konkreter wird es dann im Nationalen Aktionsplan, den Sie Ende 2010 im Rahmen des 4. Integrationsgipfels auf den Weg gebracht haben. Hier formulieren Sie den Anspruch, Integration verbindlicher und überprüfbarer gestalten zu wollen. Welche Zwischenbilanz ziehen Sie zum jetzigen Zeitpunkt und welche neuen Entwicklungen zeichnen sich mit Bezug auf das Thema Bildung ab?

Integration ist für unser Land mit mehr als 16 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien die zentrale Zukunftsaufgabe! Vier Jahre nach Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans steht fest: Wir sind auf dem richtigen Weg. Viele der über 400 Selbstverpflichtungen sind erfüllt. Das ist Ansporn bei der Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans, der Integration durch klare Ziele, die überprüfbar und messbar sind, verbindlicher macht. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Bereiche Sprache und Bildung. Nur mit guten Deutschkenntnissen und einer fundierten Bildung ist in unserem Land der Aufstieg möglich.

Den Spracherwerb fördert die Bundesregierung beispielsweise mit den Integrationskursen. Sie sind ein Erfolgsmodell: Bis Ende vergangenen Jahres haben mehr als 700.000 erwachsene Migrantinnen und Migranten teilgenommen. Mehr als die Hälfte macht dies freiwillig. Wichtig ist zudem die Sprachförderung der Kinder von Anfang an. In allen Bundesländern gibt es mittlerweile Sprachförderung und Sprachstandstests. Auch in den Schulen greift die Weichenstellung für eine bessere Bildung von Migranten. Zu einem großen Teil besuchen Jugendliche aus Zuwandererfamilien zwar nach wie vor die Hauptschule. Der Abstand gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hat sich aber verringert.

Die Fortschritte sind jedoch kein Grund, bei unseren Anstrengungen nachzulassen. So wird Bildungsministerin Schavan 60.000 lernschwächere Schülerinnen und Schüler mit Bildungslotsen unterstützen. Ziel ist, für die Jugendlichen betreuende Bildungsketten (s. S. 13) zu schaffen – von der siebten Klasse bis hinein in die Berufsausbildung. Für einen erfolgreichen Übergang junger Migranten von der Schule in den Beruf setzt der Ausbildungspakt von Politik und Wirtschaft neue Schwerpunkte: Jugendliche aus Zuwandererfamilien werden künftig verstärkt in den Blick genommen.

Entscheidend für eine bessere Bildung von Migrantenkindern ist die Mitwirkung der Eltern. Sie sind aufgefordert, ihre Kinder mit ganzer Kraft zu fördern. Ergänzend leisten ehrenamtliche Paten einen wichtigen Beitrag für eine größere Chancengleichheit. Sie unterstützen junge Migranten bei den Hausaufgaben, beim Lesen lernen oder bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Im Rahmen der „Aktion zusammen wachsen“, die Familienministerin Schröder koordiniert, wird das wertvolle Engagement der Paten in die Breite getragen.

Ein Meilenstein bei der Bildungsintegration ist das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse (s. S. 10 f.), das im März diesen Jahres vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker sowie Fachkräfte, deren Abschluss bisher nicht anerkannt wurde, profitieren unmittelbar. Und unser Land kann die Potenziale der Migranten besser nutzen und dadurch ein Stück weit den Fachkräftemangel ausgleichen.

Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, müssen doch sicherlich zusätzliche finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt eingeplant werden. Nimmt die Bundesregierung in Zukunft mehr Geld in die Hand, um hier etwas zu bewegen?

Bereits seit 2005 steht Integration für die Bundesregierung ganz oben auf der Agenda. Dies belegt auch unser finanzielles Engagement: In den vergangenen Jahren haben wir für die Sprachförderung im Rahmen der Integrationskurse rund eine Milliarde Euro ausgegeben – allein im letzten Jahr die Rekordsumme von 233 Millionen.

Ab diesem Jahr investiert beispielsweise das Bundesfamilienministerium für vier Jahre 400 Millionen Euro in die Sprach- und Integrationsförderung von Kindern. Dieses Geld können 4.000 Schwerpunkt-Kitas nutzen, um zusätzlich qualifiziertes Personal sowie Fortbildungen der Erzieherinnen finanzieren zu können.

Das Thema „Integration durch Bildung“ beschäftigt nicht nur Deutschland, es spielt auch in der EU-Politik eine wichtige Rolle. Gibt es Vorstöße aus Brüssel, die unmittelbare Auswirkungen auf die nationale Integrations- bzw. Bildungspolitik haben werden?

Am 1. Mai startet die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU – mit konkreten Auswirkungen auf unsere Integrationspolitik. So stehen wir vor der Herausforderung, den mitreisenden Kindern und Jugendlichen einen erfolgreichen Einstieg in unser Bildungssystem zu ermöglichen. Damit dies gelingt, ist die Mitwirkung der Eltern entscheidend – vor allem beim Spracherwerb. Bisher

© BK

4. Integrations-gipfel

haben nur Zuwanderer aus sogenannten Drittstaaten einen Anspruch auf den Besuch eines Integrationskurses. Damit alle die gleichen Chancen haben, plädiere ich für einen Teilnahmeanspruch auch für Migranten aus EU-Ländern!

Sie schauen sich sicherlich auch in anderen europäischen Ländern nach praktikablen Lösungen um. Wo sehen Sie Initiativen und Modelle, die auch für Deutschland interessant sein könnten?

In Frankreich (s. S. 19 f.) beispielsweise habe ich wertvolle Impulse für die Etablierung der „Charta der Vielfalt" (s. S. 14) in Deutschland bekommen. Auch für unser Modellprojekt der individuellen Integrationsvereinbarungen, das Anfang April an 18 Standorten begonnen hat, waren Erfahrungen aus Frankreich äußerst hilfreich. Aber auch mit zahlreichen anderen Ländern tauschen wir uns intensiv darüber aus, wie Integration besser gelingen kann.

Viele Staaten nehmen übrigens Projekte und Initiativen aus Deutschland auf, so beispielsweise unseren Nationalen Integrationsplan. Laut einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration sind wir mit unserer Integrationspolitik Vorreiter in Europa! Jüngstes Beispiel für eine innovative Politik ist das Gesetz zur besseren Anerkennung ausländischer Abschlüsse (s. S. 10 f.), das im März vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Selbst große Einwanderungsländer außerhalb der EU wie Kanada und die USA verfolgen dies mit großem Interesse.

Das Interview führte
Dr. Gabriele Schneider.

Europäische Entwicklungen

Integration hinkt im Bereich der Bildung hinterher

© Fotolia/Robert Kneschke

Adam Pokorny ▪▪▪ **Sechs Prozent der 6–17-Jährigen in der EU haben eine andere Staatsangehörigkeit als die des Landes, in dem sie leben. Sie sprechen oft eine andere Muttersprache und sind mit der Kultur des Gastlandes nur wenig vertraut. Während einige europäische Länder seit Jahrzehnten Zuwanderung erleben, nahm etwa in Spanien oder Irland der Zustrom von Migranten erst in den letzten Jahren erheblich zu. Insbesondere die Integration im Bildungsbereich ist jedoch nicht nur für die ‚neuen' Einwanderungsländer in Europa eine Herausforderung.**

Bildungsdefizite

Trotz positiver Trends in einzelnen Mitgliedstaaten und vieler erfolgreicher junger Migranten, zeichnet sich in Europa ein klarer Negativtrend ab: Vergleichsstudien wie PISA[1] und PIRLS[2] zeigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihren schulischen Leistungen im Schnitt schlechter abschneiden als ihre einheimischen Klassenkameraden. Sie beenden häufiger ihre Bildungslaufbahn ohne Abschluss der Sekundarstufe II. Der Übergang von der Schule in den Beruf gestaltet sich schwieriger; Jugendliche mit Migrationshintergrund haben mehr Probleme einen Ausbildungsplatz zu finden. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle: Fehlende oder wenig effektive schulische Unterstützung für Kinder mit Migrationshintergrund ist ein wichtiger Aspekt. Eine neue Sprache zu erlernen, sich in eine neue Umgebung einzuleben und gute schulische Leistungen zu erbringen, wird darüber hinaus durch die oft prekäre soziale und rechtliche Lage der Familien erschwert. Unsichere Berufsaussichten und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wirken demotivierend.

Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Bereichen hinkt die Integration in der Bildung hinterher.[3] Bildung ist derzeit weder ein verlässlicher Motor der Integration, noch garantieren die Bildungssysteme einen gleichberechtigten Zugang für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Doch was man leichtfertig als ein Problem der Bildungssysteme auffassen könnte, ist längst zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung geworden. In den nächsten Jahrzehnten werden die Qualifikationsanforderungen an Beschäftigte weiter steigen und der Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte weiter schrumpfen. In Zeiten der Globalisierung, des demografischen Wandels, der zunehmenden

[1] Programme for international student assessment
[2] Progress in International Reading Literacy Study
[3] Migration Integration Policy Index (MIPEX) 2011

Migration und des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften kann es sich Europa schlicht nicht leisten, auf das große kreative und intellektuelle Potenzial der Zuwanderer und ihrer Kinder zu verzichten. Die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und dadurch ihre Integration und Karrierechancen zu erweitern, stellt somit einen bedeutenden Beitrag zur Strategie Europa 2020 und dem Ziel intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums dar.[4]

Hürden der Integration überwinden

Doch welche Hürden erschweren eine erfolgreiche Integration im Bildungsbereich? Im November 2009 verständigte sich der Rat für Bildung, Jugend und Kultur in seinen Schlussfolgerungen auf eine Reihe konkreter Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten ergreifen sollten.[5] Insbesondere die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes wurde betont: Antidiskriminierungsmechanismen etwa müssen mit den Maßnahmen im Bildungsbereich Hand in Hand gehen.

Bildungs- und Ausbildungssysteme müssen sich den veränderten Bedingungen anpassen. Wenn Schulklassen oder Lerngruppen heterogener werden, dann muss sich das auch in der Organisation der allgemeinen und beruflichen Bildung widerspiegeln. Etwa eine größere Durchlässigkeit und Flexibilität von Bildungswegen erlaubt Bildungsbiografien, die den besonderen Bedingungen von Migranten gerecht werden. Kontinuierliche Förderung beim Erlernen der Unterrichtssprache und ein stärker auf den Einzelnen zugeschnittener Unterricht sind wichtige Aspekte dieser Veränderungen.

Die hohe Konzentration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in einzelnen Bildungseinrichtungen oder -zweigen verweist auf einen weiteren kritischen Punkt: Die Segregation der Bildungslandschaft und die deutlichen Qualitätsunterschiede zwischen Bildungseinrichtungen erschweren nicht nur den Bildungserfolg von Migranten. Sie verhindern auch, kulturelle Vielfalt als Gewinn für die Bildung aller nutzen zu können und aktiv zur Integration beizutragen. Gezielte Anstrengungen werden nötig sein, um mehr gemeinsames Lernen zu realisieren. Die Unterrichtsqualität insbesondere in Bildungseinrichtungen mit hohem Migrantenanteil zu erhöhen, das Lehrpersonal dort gezielt zu unterstützen und fortzubilden, und diese Einrichtungen auch für einheimische Schüler/-innen attraktiver zu machen, kann ein erster Schritt sein.

Europäische Kooperation

Noch immer gibt es bei der Diskussion über bessere Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mehr offene Fragen als Antworten. Die EU-Mitgliedstaaten stehen vor vergleichbaren Herausforderungen, einzelne Maßnahmen und Initiativen zeigen positive Ergebnisse, aber das Ziel gleichberechtigter Bildungschancen ist noch nicht erreicht. Neben der Beobachtung der Entwicklungen auf europäischer Ebene wird der Austausch zwischen den Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen. Der strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“)[6] zählt das Thema ‚Migration und Bildung‘ zu den derzeitigen Prioritäten. Die Europäische Kommission hat zur Unterstützung dieser Arbeit eine Studie zur schulischen Förderung von neu ankommenden Kindern mit Migrationshintergrund in Auftrag gegeben. Die Studie vergleicht die derzeitigen Praktiken in zehn EU-Mitgliedstaaten und beleuchtet ihre Vor- und Nachteile. Darüber hinaus plant die Kommission, im Mai 2011 eine Ausschreibung für ein Politik-Netzwerk zum Thema Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu veröffentlichen. Das Netzwerk soll in den kommenden Jahren die Mitgliedstaaten bei ihrer Arbeit unterstützen und ihnen helfen, die Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, auf die man sich im November 2009 verständigt hat. Insbesondere soll das Netzwerk Beispiele guter Praxis ermitteln, die Herausforderungen bei ihrer Umsetzung analysieren und die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze abwägen. Damit soll es einen wichtigen Beitrag zur Politikentwicklung leisten und Anregungen für effektive Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund geben.

Impulse aus dem Programm für lebenslanges Lernen

Europäische Projekte, etwa im Programm für lebenslanges Lernen, leisten einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion. So bringt das COMENIUS-Netzwerk ‚Learning Migration‘ Praktiker aus Schule und Weiterbildung zusammen, damit diese Erfahrungen austauschen und besser den Herausforderungen zunehmender Migration in der Schulbildung gerecht werden können. Das LEONARDO DA VINCI-Projekt ‚Join in a Job‘ (www.join-in-a-job.eu/) bemüht sich um die Weiterbildung von Berufsberatern, die Jugendliche mit Migrationshintergrund betreuen. Es fördert die Nutzung von innovativen interkulturellen Clearing- und Beratungsmethoden sowie den Aufbau eines Netzwerkes von Beratern, Bildungseinrichtungen und Personalern.

Projekte dieser Art werden ein wichtiges Instrument bleiben. Sie fördern den Austausch auf europäischer Ebene, vernetzen Bildungseinrichtungen direkt miteinander und erproben innovative Ansätze. Darüber hinaus kommt es darauf an, einen Schritt weiterzugehen und die vielfältigen Erfahrungen in Europa zu bündeln, auszuwerten und für die Entwicklung erfolgreicher Politik nutzbar zu machen.

Der Autor

Adam Pokorny
ist Referatsleiter in der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

[4] KOM(2010)2020
[5] ABl C 301, 11. 12. 2009, S. 5
[6] ABl C 119, 28. 5. 2009, S. 2ff

Europäisches Parlament sieht Handlungsbedarf

Zur Förderung von benachteiligten Personengruppen

Europäisches Parlament, LOW, Straßburg

© European Union/Architecture Studio

Dr. Helga Trüpel ▪▪▪ **Wir leben in einer Welt, in der sich viele grundlegende Veränderungen gleichzeitig vollziehen. Neben dem wirtschaftlichen, technologischen sowie demografischen Strukturwandel prägt vor allem das Thema Migration die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen der nationalen, aber auch europäischen Bildungspolitik. Die EU-Mitgliedstaaten verfügen über jeweils andere Bildungssysteme, die Probleme sind aber in vieler Weise ähnlich. Die zentrale Frage ist, wie die Politik auf letztere reagiert und welche Konzepte und Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene notwendig sind, um bessere Integrationsbedingungen für Personen mit Migrationshintergrund oder für ethnische Minderheiten in den verschiedenen europäischen Bildungssystemen zu schaffen.**

Die Kompetenz für die Bildungspolitik liegt bei den Mitgliedstaaten. Allerdings hat die EU die Bildungskompetenz bei länderübergreifendem Lernen, weil dieses einen europäischen Mehrwert darstellt. Darüber hinaus ist es durch die „Methode der offenen Koordinierung" der Europäischen Union aber möglich, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verwirklichung einer europäischen Dimension zu unterstützen und zu ergänzen. Das Europäische Parlament hat nach dem Vertrag von Lissabon die volle Mitentscheidung bei Haushaltsfragen und ist so neben dem Rat für die finanzielle Ausstattung der europäischen Bildungsprogramme verantwortlich. Das Programm für lebenslanges Lernen ist das umfassendste EU-Bildungsprogramm, unter dessen Dach in Unterprogrammen der gesamte Bildungsweg gefördert wird. Vor diesem Hintergrund befasst sich das Europäische Parlament mit allen Stufen der Bildung und engagiert sich auch für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die besonders benachteiligt sind.

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen profitieren am wenigsten von den Bildungseinrichtungen und leiden am häufigsten unter gesellschaftlicher Ausgrenzung, wobei sich die folgenden Ausführungen auf die Gruppe der Roma und Migranten beschränken.

Risikogruppe Roma

Eine der größten Risikogruppen in der EU in diesem Sinne sind die Roma, die frühkindliche Betreuung und Förderung nur in außerordentlich geringem Maß in Anspruch nehmen und dabei noch weit unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Die Benachteiligung setzt sich im

Laufe des Lebens fort. Einer Erhebung in sechs EU-Ländern[1] zufolge schließen nur 42 Prozent der Roma-Kinder die Grundschule ab, im Vergleich dazu liegt der EU-Durchschnitt bei 97,5 Prozent. Die Europäische Kommission schätzt, dass lediglich 10 Prozent der Roma eine Sekundarschule besuchen. Eine doppelte Benachteiligung erleben zudem Roma-Mädchen und -Frauen, da sie oftmals sowohl wegen ihrer Rasse als auch wegen ihres Geschlechts diskriminiert werden.

In der im Februar 2011 verabschiedeten Entschließung[2] fordert das Europäische Parlament eine zukünftige Strategie für die Roma-Minderheit mit dem Kerninstrument Bildung zur Förderung sozialer Inklusion. Insbesondere sollen Maßnahmen wie Stipendien und Mentoring-Unterstützung für junge Roma eingerichtet werden, um sie nicht nur zum Schulabschluss, sondern auch zu höherer Bildung und zur Verbesserung ihrer Qualifikationen zu ermutigen. In den Schulen selbst sollen Maßnahmen erhoben werden, die die Segregation in Schulen und Klassen aufheben und ein integratives Schulklima bewirken. Dies könnte durch die Einstellung von Roma-Mediatoren in Schulen gefördert werden. Auch die Erhöhung der Zahl von Roma-Lehrer(inne)n soll dem vorzeitigen Schulabgang und dem schulischen Versagen vorbeugen. Kinder, die die Schule abgebrochen haben, sollen eine zweite Chance bekommen. Kurze Zeit nach der Entschließung des Europäischen Parlaments hat die EU-Kommission im April 2011 einen „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Eingliederung der Roma bis 2020“ vorgelegt. Er soll als Richtschnur für die nationalen Roma-Integrationskonzepte dienen und verfügbare EU-Mittel zur Unterstützung der Integrationsbestrebungen mobilisieren. Einer der Kernbereiche ist hierbei Bildung, mit dem Ziel, dass alle Roma-Kinder die Grundschule abschließen.

Schulabbrecherrate senken

Das Problem der Schulabbrecher/-innen betrifft nicht nur die Bevölkerungsgruppe der Roma. Derzeit haben 14,4 Prozent der 18–24-Jährigen in der EU die Sekundarstufe II nicht abgeschlossen und nehmen nicht an weiteren Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teil. Zusätzlich sind circa 21 Prozent der jungen Menschen in der EU arbeitslos. Ziel der Verringerung der Zahl früher Schulabbrüche ist, zu verhindern, dass junge Menschen von sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht werden und später Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das Programm „Schulverweigerung – die 2. Chance“ wird vom Europäischen Sozialfonds gefördert und gibt in Deutschland Schulverweigerern die Möglichkeit, doch noch einen Schulabschluss zu erlangen. Der Kulturausschuss bereitet derzeit einen Initiativbericht („Tackling early school leaving“) vor, bei dem das Thema dezidiert behandelt werden soll. Auch in dem Initiativbericht unter der Federführung des Kulturausschusses „Jugend in Bewegung – ein Rahmen für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa“ wird die Forderung bekräftigt, die Schulabbrecherrate auf 10 Prozent zu senken.

Innerhalb der Gruppe der Schulabbrecher/-innen sind insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Meistens sind die Bildungsleistungen von Migrantenkindern erheblich schlechter als die von Kindern ohne Migrationshintergrund. Große Unterschiede gibt es vor allem beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden, allgemein bildenden Schulen. Bei der Berufsausbildung setzt sich dieser Trend fort; am wenigsten vertreten sind junge Migrante(inne)n an Hochschulen. Die Benachteiligung fängt meistens im frühkindlichen Stadium an. Eine der Hauptursachen für die schlechte Ausgangslage der Kinder und Jugendlichen – die sich oftmals in den weiteren Bildungsjahren fortführt – ist die mangelnde Sprachkenntnis des Wohnsitzlandes. Daher fordert das Parlament in seiner Entschließung vom 2. April 2009 die Anstrengungen und die finanzielle Ausstattung hinsichtlich der Sprachförderung des Wohnsitzlandes zu erhöhen. Auch gehört zu dem Forderungskatalog an die Mitgliedstaaten, die Ghettoisierung von Schulen zu verhindern und Migrantenkinder nicht in Sonderklassen unterzubringen, sondern vielmehr eine integrative Bildungspolitik zu fördern.

EU-Mitgliedstaaten gefordert

Schließlich liegt die Umsetzung der Empfehlungen der Europäischen Union in der Bildungspolitik bei den Mitgliedstaaten. Nicht alle Herausforderungen der Zukunft werden durch die Bildungspolitik bezwungen werden, aber die Mitgliedstaaten müssen bei ihren Bildungssystemen nicht nur auf Qualität und Professionalisierung setzen, sondern auch zunehmend die Förderung von benachteiligten Personengruppen vorantreiben. Dies wird sich langfristig auf die Lösung von Integrationsproblemen von Zuwanderern und Minderheiten in den europäischen Mitgliedstaaten auswirken und nicht zuletzt auch die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Europas beeinflussen. Wie ernst die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen wirklich nehmen, wird sich in den nationalen Haushalten für die Bildungspolitik zeigen, aber auch bei den Ressourcen, die der europäischen Bildungspolitik in der kommenden Finanziellen Vorausschau 2013–2020 zugesprochen werden.

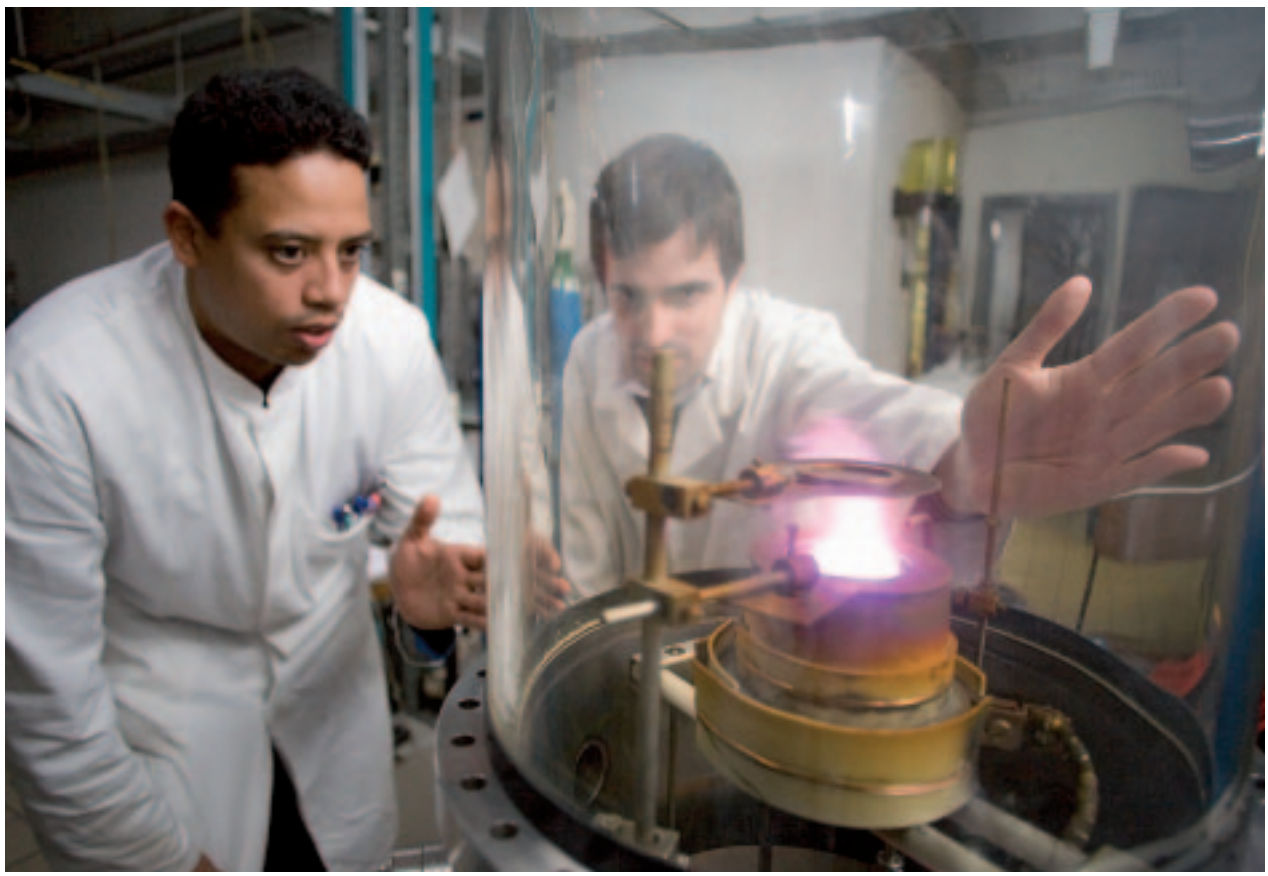
Die Autorin

Dr. Helga Trüpel
ist seit 2004 Abgeordnete der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament. Sie ist dort Vizepräsidentin des Kultur- und Bildungsausschusses, Koordinatorin der Grünen im Haushaltsausschuss, stellvertretende Vorsitzende des Sonderausschusses zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013 und Mitglied der China-Delegation.

[1] KOM(2011)173, EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma
[2] INI (2010)2276, Entschließung des Europäischen Parlaments über die EU-Strategie zur Integration der Roma

Gesetzentwurf vorgelegt

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen wird erleichtert



© Carl Cardonnier/Dailylife/SeeTree

Ralf W. Maier, Bernd Rupprecht ▪▪▪ Am 23. März 2011 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen beschlossen. Mit dem sogenannten Anerkennungsgesetz wird es Zuwanderern und Deutschen, die im Ausland einen Beruf erlernt haben, erheblich leichter gemacht, in Deutschland eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung auszuüben.

Die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften wird nicht zuletzt durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren stark ansteigen. Aktuelle Prognosen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen davon aus, dass sich bis zum Jahr 2025 das Erwerbspersonenpotenzial ohne eine Zuwanderung um rund 7 Millionen Personen verringern wird, d. h. im Durchschnitt um 390.000 Personen pro Jahr. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom März 2011 fehlen bereits heute rund 117.000 studierte Fachkräfte in den sogenannten MINT-Fächern. Deshalb müssen alle Qualifikationspotenziale – auch und gerade von Zuwanderern – stärker aktiviert und gezielter genutzt werden. Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit wird zur Deckung des Fachkräftebedarfs eine gesteuerte Zuwanderung von 400.000 bis 800.000 Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland (Drittstaaten) in den nächsten 15 Jahren gefordert.

Viele der nach Deutschland Zugewanderten und auch viele Deutsche erwerben in anderen Ländern gute berufliche Qualifikationen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden. Sie können ihre Qualifikationen aber oft nicht optimal verwerten, weil Bewertungsverfahren und Bewertungsmaßstäbe fehlen. Hier schafft das Anerkennungsgesetz Abhilfe. Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf der Grundlage einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2008 können etwa 285.000 Menschen, die bereits in Deutschland leben, von dem Gesetz profitieren.

Meilenstein in der Bewertungspraxis

Der Entwurf des „Anerkennungsgesetzes“ ist ein umfangreiches Artikelgesetz mit insgesamt 62 Artikeln. Zentral ist der Artikel 1: ein neues Bundesgesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen. Dieses Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) gilt in erster Linie für die sogenannten nicht

reglementierten Berufe, also die circa 350 Ausbildungsberufe im dualen System. Es gilt subsidiär auch für die reglementierten Berufe, sofern die spezifischen Fachgesetze keine Regelungen für Gleichwertigkeitsverfahren enthalten.

In den nachfolgenden Artikeln finden sich die Änderungen in 60 Berufsgesetzen und Verordnungen insbesondere der reglementierten Berufe, darunter zum Beispiel Änderungen der Handwerksordnung, der Bundesärzteordnung und des Kranken- und Altenpflegegesetzes. Über die bereits bestehenden, in Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie eingeführten Möglichkeiten hinaus werden neue Rechtsansprüche für Personen- und Berufsgruppen eingeführt, denen bisher keine Verfahren für eine Gleichwertigkeitsprüfung offenstanden. Insbesondere werden diejenigen Regelungen aufgehoben beziehungsweise modifiziert, die an die Staatsangehörigkeit der Antragsteller anknüpfen. Ausschlaggebend für den Verfahrenszugang sind nur noch Inhalt und Qualität der Qualifikationen. So kann beispielsweise eine türkische Ärztin künftig eine Approbation als Ärztin erhalten, was bisher, selbst wenn sie in Deutschland studiert hatte, nicht möglich war.

Nicht erfasst sind die Berufsregelungen im Zuständigkeitsbereich der Länder, insbesondere für Lehrer, Erzieher und Ingenieure. Allerdings haben die Länder angekündigt, ihre Regelungen entsprechend dem Bundesgesetz und möglichst parallel ändern zu wollen.

Für die circa 350 Ausbildungsberufe im dualen System schafft das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz erstmals einen allgemeinen Anspruch auf ein Verfahren, mit dem überprüft wird, ob die mitgebrachte Berufsausbildung der deutschen Ausbildung entspricht. Dies war bisher nur für Spätaussiedler möglich. Für diese Ausbildungsberufe wird die Frage, ob die mitgebrachte Qualifikation gleichwertig ist, nach einheitlichen Kriterien und Verfahren beurteilt. Das ist ein Meilenstein in der Bewertungspraxis in Deutschland.

Hohe Qualität der deutschen Ausbildung wird gewahrt

Die folgenden Ausführungen haben vor allem den Blick auf die neuen Verfahren für die Ausbildungsberufe im dualen System. Ein zentrales Anliegen des BMBF ist es, das internationale Erfolgsmodell der dualen Ausbildung auf höchstem Niveau fortzuführen. Das spiegelt sich auch im Gesetzentwurf wider. Feststellungsmaßstab sind der hohe Standard der deutschen Abschlüsse und die inländischen Berufsbilder als Referenz. Dies bedeutet, dass die Gleichwertigkeit nur dann festgestellt werden kann, wenn der ausländische Ausbildungsnachweis eine Befähigung zu vergleichbaren beruflichen Tätigkeiten wie der entsprechende deutsche Referenzberuf bescheinigt. Entscheidend ist die Frage, ob in Bezug auf Inhalt und Dauer der Ausbildung wesentliche Unterschiede zwischen der ausländischen Berufsqualifikation und der deutschen Referenzqualifikation bestehen. Das wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die ausländische Ausbildung erheblich kürzer ist als die deutsche, oder wenn gravierende Teile der Ausbildung schlicht fehlen. Zur Unterstützung der zuständigen Stellen wird hierzu von Bundesseite der Aufbau einer Datenbank unterstützt, die berufsspezifische Informationen zu ausländischen Berufsbildungssystemen, Ausbildungsinstitutionen und Berufsabschlüssen umfassen wird.

Kommt die zuständige Stelle bei der Gleichwertigkeitsprüfung zu dem Ergebnis, dass wesentliche Unterschiede in der Ausbildung bestehen, kann sie ergänzend die vorhandene und nachgewiesene Berufserfahrung heranziehen. Dies kann im Einzelfall schwierig sein. Allerdings hat Deutschland mit der dualen Ausbildung ein einmaliges System, das schulische Ausbildung mit praktischer Erfahrung verbindet. Deshalb ist es nahezu zwingend, auch bei ausländischen Qualifikationen die vorhandene Berufserfahrung mit zu berücksichtigen.

Der Gesetzentwurf vermeidet zusätzliche Bürokratie. Vielmehr werden bereits bestehende und funktionierende Strukturen genutzt. So werden im Bereich der Ausbildungsberufe im dualen System die bereits nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen eingesetzt. Das sind überwiegend die Kammern. Diese genießen das Vertrauen von Arbeitgebern und Unternehmen, was für eine erfolgreiche Anerkennung in der Praxis entscheidend sein wird. Das Gesetz sieht aber auch ausdrücklich die Möglichkeit der Bündelung zuständiger Stellen vor – ein wichtiger Schritt hin zu einer Vereinheitlichung der Entscheidungspraxis.

Insgesamt wird mit dem Gesetz ein zügiges Verfahren gewährleistet. Die Entscheidung über die Gleichwertigkeit muss grundsätzlich innerhalb von drei Monaten ab Vorliegen aller zur Entscheidung erforderlichen Unterlagen ergehen. In besonderen Fällen ist eine Fristhemmung oder eine -verlängerung möglich.

Am Ende der Prüfung steht ein rechtsmittelfähiger Bescheid. Im Falle der Gleichwertigkeit hat dies zur Folge, dass die gleichen Rechtsfolgen eintreten, wie bei einer erfolgreich bestandenen Aus- und Fortbildungsprüfung nach dem Berufsbildungsgesetz oder einer Gesellenprüfung im Handwerk. Aber auch für den Fall, dass eine Gleichwertigkeit nicht gegeben ist, sieht das Gesetz einen Vorteil für Antragsteller und Unternehmen vor. Die Entscheidungsbegründung muss dann die vorhandenen Qualifikationen und die festgestellten wesentlichen Unterschiede positiv darstellen. Damit können sich die Antragsteller bei Unternehmen bewerben oder gezielt eine Anpassungsqualifizierung absolvieren.

Aktuell wird der Gesetzentwurf im Bundesrat behandelt und wird danach dem Bundestag zur Beratung zugeleitet. Bis Ende des Jahres kann nach derzeitiger Einschätzung eine Verkündung im Bundesgesetzblatt erfolgen. Weitere Informationen finden Sie unter:
http://www.bmbf.de/de/15644.php

Die Autoren

Ralf W. Maier, Regierungsdirektor, und Bernd Rupprecht, LL.M., Oberregierungsrat,
sind die zuständigen Referenten für das Anerkennungsgesetz im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat Integration durch Bildung.

Initiativen der Bundesagentur für Arbeit

Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund

© Werner Bachmeier

Dr. Markus Schmitz ▪▪▪ **Die Bundesagentur für Arbeit (BA) engagiert sich mit einer breiten Palette von Maßnahmen, Projekten und Initiativen, damit Menschen mit Migrationshintergrund besser und nachhaltiger in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden.**

Die in Deutschland lebenden mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind eine sehr heterogene Gruppe, die auf der Basis ihres persönlichen Werdegangs und ihrer aktuellen Lebenssituation spezifische Handlungsbedarfe erfordern. Die BA hat daher ein Geschäftsprozessmodell entwickelt, das darauf ausgerichtet ist, falladäquate, individuelle Handlungsstrategien zu entwickeln. Dieses 4-Phasenmodell der Integrationsarbeit basiert auf einem grundlegenden Profiling, das die Kompetenzen („Hard Skills“ und „Soft Skills“) dieser Menschen im Hinblick auf Stärken und Potenziale analysiert.

Darauf aufbauend werden in weiteren Schritten die Integrationsziele festgelegt und geeignete zielführende Strategien ausgewählt. Zur nachhaltigen Umsetzung des vereinbarten Vorgehens wird eine Eingliederungsvereinbarung zwischen dem Kunden und der Integrationsfachkraft in den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern abgeschlossen. Die methodische Grundlage für die Gespräche mit den Kunden bildet ein Beratungskonzept, das nach seiner Implementierung im Hinblick auf die interkulturellen Kompetenzen und Migrationssensibilität der Integrationsfachkräfte noch weiter ausdifferenziert wird.

Spezielle Informations- und Unterstützungsangebote

Das Kerngeschäft der Integrationsarbeit wird unterstützt durch Information und Orientierung, Maßnahmen zum Ausgleich individueller Problemlagen und zur Behebung qualifikatorischer Defizite. Agenturen für Arbeit und Jobcenter kooperieren dabei mit vielen Partnern, die einen ergänzenden Wirkungsbeitrag zur Integration leisten können (z. B. im Bereich der Sprachförderung).

Die BA hat ihr spezifisches Informationsangebot für Menschen mit Migrationshintergrund gezielt ausgebaut und erweitert. So ist der Zugang zur Jobbörse der BA jetzt auch in Englisch, Französisch, Russisch, Italienisch und Türkisch möglich. Zudem wird die Vorbereitung der Berufswahl durch verschiedene

Print- und Online-Medien unterstützt, wie z. B. ein Elternheft in türkischer Sprache. Ergänzt werden diese Informationsangebote durch gezielte Veranstaltungen wie beispielsweise Vorträge in Moscheen, Veranstaltungen in Vereinen oder bei Migrantenorganisationen. Auch bestehende Netzwerke wie die Initiative „Meslek altin beleziktir“ (Beruf ist ein goldenes Armband) werden genutzt, um insbesondere Eltern von der Notwendigkeit von Bildung, Ausbildung und Studium zu überzeugen. Auf besondere Akzeptanz stoßen dabei Vertrauenspersonen und Multiplikatoren aus den jeweils eigenen Herkunftsländern.

Arbeitgeber und Betriebe sensibilisieren

Die Zahl qualifizierter Bewerber und Bewerberinnen wird knapper. Die Betriebe suchen bereits jetzt wieder intensiver nach Fachkräften. In der Beratung des Arbeitgeberservices der BA wird daher versucht, die Sensibilität gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und die Personalverantwortlichen davon zu überzeugen, gerade diese Personengruppe stärker in die Bewerbungsverfahren um freie Stellen einzubeziehen. Für den Bereich des Handwerks wurde eine enge Kooperation zur Rekrutierung von mehr Bewerbern mit Migrationshintergrund für freie Ausbildungsplätze vereinbart.

Gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wurde zudem eine „Initiative zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund“ gestartet. Wesentliche Elemente sind ein ganzheitliches Integrationscoaching für Jugendliche an berufsbildenden Schulen, die Stärkung migrationssensibler Beratungs- und Vermittlungskompetenzen der Mitarbeiter/-innen, die Durchführung migrationsspezifischer Stellen- und Informationsbörsen, die Intensivierung der Kooperation mit türkischen Generalkonsulaten und ein verbessertes Profiling, das im Rahmen eines Projektes des Psychologischen Dienstes der BA mit dem Titel „Vertiefte Diagnostik von Kundenprofilen“ entwickelt wird. Der Psychologische Dienst hat darüber hinaus einen Test entwickelt, mit dem das Sprachniveau des Kunden festgestellt werden kann.

Der Erwerb von Deutschkenntnissen ist vielfach eine notwendige Voraussetzung zur erfolgreichen beruflichen Integration. Bei Handlungsbedarf kommen vorrangig Integrationskurse und die berufsbezogene Deutschförderung im Rahmen des ESF-BAMF-Programms zur Anwendung.

Anerkennung von Abschlüssen ist wichtig

Migranten können grundsätzlich durch alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert werden. Der Instrumenteneinsatz erfolgt auf Basis der individuellen Handlungsbedarfe und daraus resultierender Handlungsstrategien. Mindestens genauso wichtig ist es aber auch, bereits vorhandene ausländische Abschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen. Derzeit wird dazu ein Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen (s. S. 10 f.) vorbereitet. Wer allerdings die erforderliche Lotsenfunktion übernimmt, um die Menschen durch die große Anzahl an Anerkennungsstellen und Formalia zu führen, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt. In einem Pilotprojekt hat die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) kürzlich zeigen können, wie durch eine solche Begleitung die Integrationsprozesse von Migranten beschleunigt werden können.

Seit Anfang des Jahres engagiert sich die BA mit vielen anderen gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren, um den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung zur verbesserten Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund auszugestalten.

Der Autor

Dr. Markus Schmitz
ist Geschäftsführer Produktentwicklung Grundsicherung in der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

Initiative Bildungsketten geht online

Bildungsketten

Seit Mai 2011 ist die Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit ihrer neuen Internetseite www.bildungsketten.de online.

Im Mittelpunkt der Initiative steht das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung mit den Instrumenten Potenzialanalyse, Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung. Der Webauftritt richtet sich an alle Beteiligten, die Verantwortung für die berufliche Zukunft dieser jungen Menschen übernehmen. Mit der Webseite bietet die Servicestelle Bildungsketten einen ersten Anlaufpunkt für die Akteure des Sonderprogramms.

Die Servicestelle erbringt flankierende Dienstleistungen, die eine erfolgreiche Umsetzung der Initiative sicherstellen.Zu ihren Aufgaben gehört auch, den Erfahrungsaustausch der Akteure zu fördern, Befragungen und Interviews durchzuführen, Fallstudien zu erstellen sowie gute Umsetzungspraxis sichtbar zu machen und bewährte Strategien und Arbeitsmaterialien zu transferieren.

Mit der Initiative Bildungsketten haben sich die Akteure und Partner ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Jugendliche an Haupt- und Förderschulen mit Förderbedarf werden noch stärker unterstützt, um den Schulabschluss zu schaffen, eine Ausbildung zu finden und auch den Berufsabschluss zu erreichen.

Das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung Bildungsketten sieht bis Ende 2014 rund 1.000 hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter an bundesweit rund 1.000 Haupt- und Förderschulen vor. Die BerEb, wie die Berufseinstiegsbegleiter auch heißen, betreuen über mehrere Jahre bis zu 30.000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Das Programm setzt in der 7. Klasse mit einer Kompetenzfeststellung (Potenzialanalyse) an, in die auch außerschulische Kompetenzen und Begabungen einfließen.

Nach der Potenzialanalyse nehmen sich die Berufseinstiegsbegleiter der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an und entwickeln individuelle Förderpläne. Ab Klasse 8 beginnt die praxisnahe Berufsorientierung. Die BerEb stimmen ihre Begleitung der Jugendlichen eng mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) ab. Sie binden dabei andere Initiativen und Förderangebote mit ein.

Bundesinstitut für Berufsbildung geht mit gutem Beispiel voran

Umsetzung der „Charta der Vielfalt“

Gerburg Benneker ▪▪▪ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat als eine der ersten öffentlichen Institutionen die „Charta der Vielfalt – Diversity als Chance“ unterschrieben. Heute arbeitet es aktiv mit Schulen aus der Region zusammen, um den Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Am 18. April 2007 ist das Bundesinstitut für Berufsbildung der „Charta der Vielfalt“ beigetreten, vier Monate nachdem Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, gemeinsam mit führenden Unternehmen die Initiative im Dezember 2006 gegründet hatte. Mittlerweile gibt es 980 Unterzeichner. Ziel der Initiative ist die Wertschätzung alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität“.

Vielfalt fördert Kreativität

Die „Charta der Vielfalt“ ist ein grundlegendes Bekenntnis zu Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen und Organisationen. Die Unterzeichner verpflichten sich, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Und es geht darum, unterschiedliche Talente und Potenziale zu erkennen und einzubeziehen. Eine Befragung von 155 Charta-Unterzeichnern hat ergeben, dass in rund 87 Prozent der Fälle ein aktives Diversity Management die Kreativität und die Innovationsfähigkeit der Angestellten steigert. Die Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen entscheiden selbst, wie sie den Anforderungen der Charta nachkommen. Der Schwerpunkt der Umsetzung liegt jedoch klar auf dem Aspekt der ethnischen Herkunft.

Zu wenig Migranten im öffentlichen Dienst

Lediglich jeder zehnte Beschäftigte (9,7 Prozent) bei Bund, Ländern und Kommunen hat nach einer kürzlich vorgelegten Auswertung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) aus Daten des Statistischen Bundesamtes von 2009 einen Migrationshintergrund. In der Gesamtwirtschaft lag der Anteil der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund bei 17 Prozent. Zudem hatten gerade einmal 683 von annähernd 40.000 Auszubildenden in der Verwaltung einen Migrationshintergrund. An dieser Stelle setzt das BIBB an. Die im BIBB eingeführte Arbeitsgruppe „Charta der Vielfalt“ hat sich zunächst das Ziel gesetzt, die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben im Übergang von der Schule in die Ausbildung häufig geringere Startchancen. Zudem wird der öffentliche Dienst von den Jugendlichen und ihren Eltern zu selten als interessanter Ausbildungsgeber wahrgenommen.

Anzahl der Schülerpraktika stark angestiegen

Damit Schülerinnen und Schüler das BIBB als mögliche Ausbildungsstätte mit ihren sechs verschiedenen Ausbildungsberufen kennen lernen, hat das Institut mittlerweile mit zwei Schulen einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, eine dritte soll dieses Jahr folgen. Es wurden Schulen ausgewählt, die auch viele Schülerinnen und Schüler aus zugewanderten Familien besuchen. Die Jugendlichen bekommen in der Berufsorientierungsphase die Möglichkeit über Betriebserkundungen und Schülerpraktika das BIBB kennen zu lernen. Diese Aktivitäten zeigen bereits Erfolge: Wurden 2009 nur insgesamt 10 Schülerpraktika durchgeführt, haben im ersten Quartal 2011 bereits 22 Schülerinnen und Schüler die Chance genutzt, über Praktika einen Eindruck von der Arbeit im Institut zu bekommen. Zur Unterstützung der betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat die Ausbildungsleitung einen Leitfaden erstellt, der Beispiele für Tätigkeiten und auch die Rahmenbedingungen von Praktika darstellt.

Enormes Engagement bei Befragung zur „Vielfalt im BIBB“

Mit dem Ziel, mehr über das bereits vorhandene Spektrum der Muttersprachen und der Herkunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BIBB zu erfahren, initiierte die Arbeitsgruppe im Dezember 2010 eine freiwillige und anonyme Befragung zum Migrationshintergrund. Mit besonderer Unterstützung der BIBB-Leitung und durch eine intensive Informationsarbeit im Haus wurden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Ziele der „Charta der Vielfalt“ und auch über den Nutzen der Befragung aufgeklärt. Die Beteiligung von 71 Prozent hat alle Erwartungen übertroffen. Die Ergebnisse werden zurzeit ausgewertet und sollen eine Orientierung für die Frage geben, ob und welche weiteren Aktivitäten im BIBB notwendig sind, um Vielfalt und ihre Potenziale im Haus zu erhöhen.

▪▪▪

Die Autorin

Gerburg Benneker
ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei JOBSTARTER, Programmbereich KAUSA – „Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund“ und Mitglied der AG Vielfalt im Bundesinstitut für Berufsbildung.

Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund

Mehr Vielfalt in der Ausbildung

Claudia Moravek ■■■ **Wirtschaftswachstum, demografischer Wandel und Bildungsprogramme zeigen ihre Wirkung: Im vergangenen Jahr wurden weit mehr Ausbildungsplätze angeboten als vorausgesagt. Nur junge Menschen mit Migrationshintergrund profitierten nicht von diesem positiven Trend. Die Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund, kurz KAUSA, will ihre Integration durch eine duale Ausbildung verbessern.**

Eine abgeschlossene Berufsausbildung erhöht deutlich die Chancen auf einen Job. Und ein guter Arbeitsplatz ist, vor allem für Migrantinnen und Migranten, oft der Schlüssel zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Doch vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist der Einstieg ins Berufsleben nicht leicht. In der dualen Ausbildung sind sie beispielsweise schon seit Jahren unterrepräsentiert. Laut aktuellem Berufsbildungsbericht 2011 ist die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit ausländischem Pass trotz hohem Interesse an einer Ausbildung um 0,8 Punkte auf 31,4 Prozent zurückgegangen. Damit ist die Ausbildungsbeteiligung nur etwa halb so hoch wie die der deutschen jungen Menschen mit 64,3 Prozent.

Die Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund existiert seit 1999. Ziel von KAUSA ist es, die duale Ausbildung in Betrieben von Migrantinnen und Migranten zu fördern. In Deutschland gibt es gut 600.000 selbständige Migrantinnen und Migranten, die mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Mittlerweile sind aber auch junge Migranten, die einen Ausbildungsplatz suchen, in den Fokus von KAUSA gerückt: zum einen aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs, aber auch weil die bundesweiten KAUSA-Projekte auf ihre Art schon längst zur Integration von jungen Migranten in den Ausbildungsmarkt beitragen.

Die bundesweite Koordinierungsstelle KAUSA gehört seit 2006 zu JOBSTARTER, einem Ausbildungsstrukturprogramm, das aus Mitteln des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird und das beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt ist. KAUSA betreut 37 JOBSTARTER-Projekte, die in ihren Regionen Ausbildungsplätze bei Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund akquirieren. Zudem beraten die Projekte Unternehmen bei Ausbildungsfragen und vermitteln ihnen Jugendliche für die neu geschaffenen Stellen. Bislang ist diese Arbeit sehr erfolgreich: Die KAUSA-Projekte haben in den letzten Jahren mehr als 3.000 zusätzliche Ausbildungsplätze bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund geschaffen. Diese Ausbildungsplätze wurden zwar nicht vorrangig für junge Migrantinnen und Migranten eingerichtet. Aber eine Auswertung der Statistik zeigt, dass drei Viertel dieser Stellen an Jugendliche mit Migrationshintergrund gingen – bei den anderen JOBSTARTER -Projekten wurden nur 15 Prozent der geschaffenen Plätze mit Migranten besetzt.

Generell scheinen Migrantenbetriebe auch Auszubildenden mit schwächeren Schulleistungen eine Chance zu geben, und das nicht nur, wenn der Azubi den gleichen Migrationshintergrund hat. Zwar machen die KAUSA-Projekte vor Ort die Erfahrung, dass Selbstständige mit Migrationshintergrund den ersten neu geschaffenen Ausbildungsplatz oft mit Jugendlichen der gleichen Herkunft besetzten. Aber auffallend ist, dass weitere Auszubildende oft aus anderen Kulturkreisen stammen oder deutschstämmig sind.

Die Koordinierungsstelle KAUSA fördert und betreut nicht nur Projekte zur Ausbildungsplatzakquise, sondern ist auch für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und den Medien Ansprechpartner zum Thema „Integration und berufliche Bildung“.

Im letzten Jahr ist KAUSA vor allem mit den Medien in einen stärkeren Dialog getreten. Um die Erfolge und die Leistungen der von KAUSA betreuten Unternehmerinnen und Unternehmer in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und dem oft negativen Bild von Migranten in den Medien entgegenzuwirken, wurde 2010 der KAUSA Medienpreis ins Leben gerufen. Der mit über 25.000 Euro dotierte Preis für Nachwuchsjournalisten wurde vom BMBF etabliert, um eine differenzierte Berichterstattung über Bildungswege von Migranten auszuzeichnen. Der KAUSA Medienpreis ist 2010 auf solch eine positive Resonanz gestoßen, dass er auf jeden Fall fortgeführt wird. Er bietet der Koordinierungsstelle eine sehr gute Möglichkeit, in der Öffentlichkeit verstärkt Aufmerksamkeit für ihr Thema – mehr Vielfalt in der beruflichen Bildung – zu schaffen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website von Jobstarter unter www.jobstarter.de/kausa

■■■

Die Autorin

Claudia Moravek
ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei JOBSTARTER KAUSA im Bundesinstitut für Berufsbildung.

Best Practice: LEONARDO DA VINCI Innovationstransfer

Berufsvorbereitung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund – Go4Job

Projektinfos

Projekttitel:
Förderung junger Migranten – Entwicklung neuer NetGen-orientierter didaktisch-methodischer Konzepte zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Arbeit
Projektnummer: DE/07/LLP-LdV/TOI/147040
Projektdauer: 24. 10. 2007–24. 10. 2009
Partner:
Bildungs- und Beratungseinrichtungen aus Deutschland, Italien, Österreich und Rumänien.

www.go4job.eu
www.adam-europe.eu/adam/project/view.htm?prj=2961

Kontakt und Projektkoordination:
Hauptstelle RAA NRW
Brigitte Rimbach
Tiegelstraße 27
45141 Essen

Die Eingliederung möglichst aller jungen Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine zentrale Herausforderung für die europäischen (Berufs-)Bildungssysteme. Den größten Erfolg versprechen hier zielgruppenspezifische Unterstützungsinstrumente, wie beispielsweise zusätzliche Hilfen zu bestehenden Angeboten der beruflichen Orientierung. Das LEONARDO DA VINCI-Innovationstransferprojekt Go4Job hat genau zu diesem Zweck ein Lernportal für Hauptschülerinnen und -schüler, und zwar insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, entwickelt. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für Migrant(inn)en in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern besonders problematisch. Ein Grund dafür ist, dass die herkömmlichen Hilfen zur Berufsorientierung und Bewerbung von ihnen und ihren Familien meist nur bedingt genutzt werden.

Das im Rahmen von Go4Job entwickelte Lernportal ist auf die heutige „NetGeneration" zugeschnitten und damit geeignet, möglichst viele Jugendliche anzusprechen. Vor allem die Aufbereitung mittels interaktiver Medien und virtueller Kommunikationsformen soll junge Menschen an „trockene" Themen wie Berufswahl oder Bewerbung wieder heranführen.

Besonderes Merkmal des Portals ist dessen jugendgerechte Ansprache. Sie wurde erreicht durch die aktive Beteiligung von Jugendlichen am Aufbau des Internetangebots und an der Gestaltung der Themen und Inhalte. Junge Männer und Frauen, die bereits erfolgreich in einer Ausbildung oder im Beruf sind, berichten in Podcasts („Jobcasts" genannt), Wikis und Blogs über ihre Erfahrungen in Betriebspraktika oder beschreiben ihre Berufswünsche und -vorstellungen.

Ergänzend werden Qualifizierungsmodule in Gestalt von Spielen, Tests und Simulationen angeboten, die zum Beispiel der Interessenfindung und Talentanalyse dienen, aber auch berufsrelevantes Wissen wie unternehmerisches Denken oder Medienkompetenz vermitteln. Fotos und Videos können von allen registrierten Nutzer(inne)n eingestellt oder heruntergeladen werden.

Die Kombination aus Lernen und Spielen, angeboten in der Sprache und durch die Medien der Jugendlichen ist sehr gut geeignet, den Einstieg in Überlegungen zu Berufswünschen und -optionen zu finden. Im besten Fall führt sie zu der Bereitschaft, weiterführende Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Best Practice: LEONARDO DA VINCI Partnerschaften

Gründungen durch Migranten – „The immigrant's business plan"

Existenzgründungen durch Migrant(inn)en spielen in Europa eine bedeutende Rolle. Umso wichtiger ist es, dass Menschen mit Migrationshintergrund die Hürden, die sie bei Unternehmensgründungen nehmen müssen, kennen und sich darauf vorbereiten.

Integration findet auf dem Arbeitsmarkt statt. Einwanderer wagen deutlich häufiger den Schritt in die Selbstständigkeit, allerdings oft aus Mangel an Alternativen. Darüber hinaus spielen offenbar kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle. Weil viele Migranten ursprünglich aus Ländern stammen, in denen berufliche Selbstständigkeit weitaus verbreiteter ist als in Deutschland, orientieren sie sich an diesen Vorbildern in ihrer alten Heimat. Bi-Nationalität ist dabei gleichzeitig Zusatzqualifikation, Türöffner und Wirtschaftsfaktor. Die selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund hat in den meisten europäischen Ländern zugenommen. Selbstständigkeit ist für Migrant(inn)en oft der einzige Weg aus Armut und Arbeitslosigkeit und der Schlüssel für die Integration in den Arbeitsprozess. Auch Schulabgänger/-innen haben häufig nur die Perspektive Selbstständigkeit. Arbeitslose Zuwanderer/-innen gründen in Bereichen wie Gastronomie, Handel, Handwerk, Verarbeitung und Baugewerbe. Es entstehen Handyshops, Kioske und kleine Läden für die ortsnahe Versorgung, Cafés, IT-Firmen und Reisebüros. Die Existenzgründung schafft neues Potenzial und Wirtschaftskraft sowie weitere Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Angesichts von Selbstausbeutung und Ausbeutung der familiären Netzwerke wächst allerdings auch der Bedarf an Know-how-Erwerb und Beratung für die Gründer/-innen und ihre Familienangehörigen.

Das Projekt „The immigrant's business plan" entwickelt einen Leitfaden für die Beratung von Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund und macht diesen über eine jeweils nationale Ausgabe dem beruflichen Bildungssystem in den Partnerländern zugänglich. Sieben europäische Einrichtungen der beruflichen Bildung aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Tschechien und Griechenland arbeiten zusammen mit ihren jeweiligen nationalen Netzwerken an der Erstellung eines webbasierten Tools für die Beratung von gründenden Zuwanderern der ersten, zweiten und dritten Generation. Als Download bzw. CD in Englisch und allen Partnersprachen soll es Berufsberatern und weiteren beteiligten Akteuren in der Arbeitsmarktintegration ermöglichen, ihre Zielgruppen und deren Gründungen erfolgreicher zu machen.

Projektinfos

Projekttitel:
The immigrant's business plan
Projektnummer: 2009-DE2-LEO04-01694
Projektdauer: 01. 08. 2009–31. 07. 2011
Partner:
Initial e.V., Deutschland
Groupe ITG, Frankreich
Coopérative Sud Concept, Frankreich
EU Warehouse, Belgien
REKVAL, Tschechische Republik
Ekpospo NOSTOS, Griechenland

www.immigrants-business-plan.eu

Kontakt und Projektkoordination:
ttg team training GmbH
Susanne Haug
Holzmarkt 7
72070 Tübingen
07071-51396
team-training@team-training.de

Best Practice: GRUNDTVIG Lernpartnerschaft

Lesen fördert Integration – ReBel

Projektinfos

Projekttitel:
Reading between the Lines /
Lesen zwischen den Zeilen (ReBeL)
Projektnummer: 2009-DE2-GRU06-01816 1
Projektdauer: 01. 08. 2009–31. 07. 2011
Partner:
Istituto Tecnico Industriale Guglielmo Marconi,
Nocera Inferiore, Salerno, Italien
Valkas Parmatskola, Valka, Lettland
Kauno apskrities viešoji biblioteka, Kaunas, Litauen
Libreija Tal-Katidral Gozo, Malta
Arendal voksenopplaering, Arendal, Norwegen
Agri Ibrahim Cecen Üniversitesi, Agri, Türkei

http://lnx.itimarconinocera.org/lnx.itimarconinocera.org/grundtvig/Index.php
http://www.grundtvig-rebel.de/

Kontakt:
Akademie Klausenhof
Hildgegard Schuster
Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln
schuster@akademie-klausenhof.de
www.akademie-klausenhof.de

„Urteile nie über einen Anderen, wenn Du nicht einen Mond lang in seinen Mokassins gewandert bist", lautet ein indianisches Sprichwort.

Lesen, das ist wie Wandern in den Schuhen eines Anderen. Kaum ein anderes Medium lässt so intensiv an einem fremden Schicksal teilnehmen wie ein spannender Roman oder eine Erzählung. Im GRUNDTVIG-Partnerschaftenprojekt ReBel soll durch das Lesen Verständnis für andere Kulturen, andere Schicksale, andere Menschen entwickelt werden und es sollen Möglichkeiten eröffnet werden, sich mit europäischen Werten zu identifizieren.

ReBeL umfasst Partner aus sieben Ländern, die unterschiedliche Bildungseinrichtungen vertreten. Das Spektrum reicht von einer Schule in Lettland, einer Universität in der Türkei, Weiterbildungseinrichtungen in Norwegen und Deutschland, Bibliotheken in Litauen und auf Malta bis zu einem Berufskolleg in Italien.

Allen Partnern gemeinsam ist die Überzeugung, dass das Lesen literarischer Texte einen nachhaltigen Zugang zum Verständnis anderer Wirklichkeiten und Schicksale eröffnet und damit einen Beitrag leisten kann zur Integration verschiedener Kulturen innerhalb Europas: Denn die Vermittlung von Werten basiert auf Prozessen, die das Gefühl erreichen müssen, und literarische Texte sind dazu mehr als jedes andere Medium geeignet.

Diese Idee wird in den Partnerländern unterschiedlich umgesetzt: Die Partner aus Norwegen und Deutschland, beides Weiterbildungsinstitutionen, beziehen sich in diesem Projekt auf die Gruppe der jungen Migranten, die die jeweilige Landessprache erlernen müssen. Zusätzlich zum Sprachunterricht werden Lesestunden angeboten, in denen Texte und Bücher vorgestellt werden, die geeignet sind, einen interkulturellen Dialog zu eröffnen. In Gozo (Malta) geht die öffentliche Bibliothek, Public Cathedral Library, auf Flüchtlinge aus den afrikanischen Ländern zu und vermittelt ihnen einen kostenlosen Zugang zu Medien, wobei die maltesische Sprache mit ihren arabischen Anteilen hilfreich ist. In Italien und in Litauen werden speziell Frauen angesprochen, sich mit Literatur zu beschäftigen, die eine Auseinandersetzung mit der eigenen und mit der europäischen Geschichte ermöglicht. Ebenso soll in Valka (Lettland) das gemeinsame Lesen dazu beitragen, Verständnis zwischen der lettischen und der russischen Bevölkerung, die traditionell ein konfliktreiches Verhältnis haben, zu fördern. In der Türkei, genauer an der Universität von Agri, erkunden Pädagogen die Möglichkeit, durch entsprechende Literatur junge Menschen auf europäische Lebensformen vorzubereiten.

Die literarischen Texte werden im „Europäischen Bücherbrett" vorgestellt, das auf der Homepage des Projektes veröffentlicht wird und offen ist für Fortsetzungen.

Wichtig sind die transnationalen Treffen. Von den insgesamt fünf geplanten Treffen haben bislang vier stattgefunden, das fünfte und letzte ist für Ende Mai in der Akademie Klausenhof geplant. Neben den Projektverantwortlichen nehmen Vertreter/-innen der jeweiligen Projektzielgruppen daran teil. Sie sammeln dabei nicht nur kulturelle und literarische Eindrücke von Europa und tauschen sich aus, sondern gestalten auf den Treffen auch gemeinsam literarische Events.

Darüber hinaus gibt es einen roten Faden, der die Treffen miteinander verbindet. Zunächst als ein Rahmenprogramm für die transnationalen Treffen konzipiert, hat sich daraus ein Selbstläufer entwickelt: das gemeinsame Lesen von literarischen Texten aller Projektpartner einschließlich der Lernenden am Originalschauplatz in verschiedenen Sprachen.

Seinen Anfang nahm es – geradezu als ein Symbol für das Thema Europa – mit der Lesung des fünften Gesangs der „Odyssee" in der sagenhaften Grotte der Calypso auf Gozo in sieben Sprachen. In Deutschland wird mit den Gedichten von Annette von Droste-Hülshoff auf Burg Hülshoff in Münster dieses Rahmenprogramm, das sich zu einem leidenschaftlichen Wettbewerb entwickelt hat, leider beendet werden müssen. Schön wäre es, wenn man diesen roten Faden weiterspinnen könnte.

Blick nach Frankreich

Bildungswege und berufliche Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Christine Guégnard ▪▪▪ **Mit der Frage, wie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gelingen kann, beschäftigt sich nicht nur Deutschland. Wie stellt sich beispielsweise die Situation in Frankreich dar, das eine besonders lange Zuwanderungsgeschichte besitzt? Die Journalredaktion hat eine französische Expertin um einen Beitrag gebeten, der nachstehend in gekürzter Form abgedruckt ist. Ergänzt wird er durch eine Kurzdarstellung von Regierungsmaßnahmen (s. Kasten).**

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen einer Untersuchung von Yaël Brinbaum[1], die sich mit den Zusammenhängen zwischen den Bildungswegen und der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund befasst. Anhand der „Enquête Génération 2004", einer statistischen Erhebung des Centre d'Études et de Recherches sur les Qualifications (Céreq), ist es möglich, den Werdegang der französischen Schulabgänger, die Orientierungen nach Abschluss der Sekundarstufen I (Collège) und II (Lycée) sowie die Ansichten der Jugendlichen selbst zu ihren Entscheidungen nachzuvollziehen (...)

Bei Migranten der zweiten Generation, d. h. den in Frankreich geborenen Kindern von Migranten, gestaltet sich die Eingliederung oft problematisch. Einige Gruppen sind dabei stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere. Hierzu zählen insbesondere Jugendliche, die aus dem Maghreb und dem subsaharischen Afrika stammen. Migrantenkinder portugiesischer Herkunft sind dagegen im Durchschnitt genauso erfolgreich wie Kinder französischer Herkunft, bisweilen sogar erfolgreicher (Silberman, Fournier 1999, 2006; Frickey, Primon 2002, 2006; Brinbaum, Werquin 2004; Meurs, Pailhé, Simon 2006). In Krisenzeiten scheint sich diese Tendenz noch zu verschärfen (...)

Migrantenkinder besitzen gegenüber Kindern französischer Eltern aus derselben sozialen Schicht nicht dieselben Chancen, das Collège zu erreichen, und wiederholen häufiger eine Klasse der Primarschule. Der Céreq-Erhebung zufolge treten 20 Prozent der Jugendlichen portugiesischer und maghrebinischer Herkunft und 30 Prozent der Schüler türkischer und subsaharischer Herkunft (gegenüber 12 Prozent der Schüler französischer Herkunft) verspätet in die Sekundarstufe I (Collège) ein, was sich auch auf den weiteren schulischen Werdegang auswirkt. Dank der zunehmenden Demokratisierung des Bildungssystems steigen die Zahlen derjenigen Jugendlichen, die mit einem Abschluss auf dem verkürzten Ausbildungsweg (Diplôme professionnel court), aber auch mit dem Abitur (Baccalauréat) oder einem höheren Bildungsabschluss (Diplôme du supérieur) in die Arbeitswelt eintreten. Positiv fällt auf, dass Mädchen im Durchschnitt längere Ausbildungszeiten als ihre männlichen Altersgenossen nachweisen können. Die Zahl der Schulabbrüche ist allerdings weiterhin sehr hoch und liegt bei 39 Prozent der Jungen und 24 Prozent der Mädchen maghrebinischer Herkunft gegenüber 16 Prozent der Jungen und 5 Prozent der Mädchen portugiesischer Herkunft. An den Berufsschulen (Lycée professionnel) scheitern Jugendliche, die aus dem Maghreb und dem subsaharischen Afrika stammen, zwei bis drei Mal häufiger als ihre Altersgenossen, wobei deutlich mehr Jungen als Mädchen betroffen sind. Der hohe Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss ist auf schlechtere schulische Leistungen und eine Orientierung, die nicht mit den eigenen Wünschen und Vorstellungen übereinstimmt, zurückzuführen und offenbart die Schattenseite des Bildungssystems.

Ab der ersten Orientierungsphase am Ende der einheitlichen Sekundarstufe I (Collège Unique) absolvieren Migranten der zweiten Generation häufiger eine Berufsausbildung als Schüler französischer Herkunft. Eine Übereinstimmung der Berufswahl mit den Wünschen der Schüler ist in 80 Prozent der Fälle gegeben, wobei je nach Herkunft signifikante Unterschiede bestehen. Ein Viertel der Jugendlichen, die aus dem Maghreb, dem subsaharischen Afrika oder der Türkei stammen, befindet sich im letzten Jahr der Sekundarstufe I (Troisième) in einer beruflichen Ausrichtung, die dem ursprünglichen Berufswunsch nicht entspricht (gegenüber 12 Prozent der Jugendlichen portugiesischer Herkunft und 8 Prozent der Jugendlichen französischer Herkunft). Eine Orientierung, die im Widerspruch zu den eigenen Interessen und Neigungen steht, wirkt sich jedoch negativ auf die Leistungen und somit auch auf die Eingliederung in das Berufsleben aus.

Dank der Demokratisierung des Bildungswesens konnten zahlreiche Jugendliche mit Migrationshintergrund das Abitur (Baccalauréat) absolvieren und erhielten so nach der zweiten Orientierungsphase, dem Abschluss der Sekundarstufe II (Lycée), die Möglichkeit eines Hochschulzugangs. Die Ausbildungsziele dieser Jugendlichen sind unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Orientierung in der Sekundarstufe sehr ehrgeizig: Sie streben im Allgemeinen einen höheren Abschluss an, insbesondere in ausgewählten Fachbereichen. In diesem Zusammenhang ist eine weitere Entwicklung zu beobachten, die verstärkt Jugendliche maghrebinischer Herkunft betrifft: Statt einer höheren Berufsausbildung (Études Supérieures), die ihnen mehr Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt bietet, wählen sie häufig ein Universitätsstudium, selbst wenn sie dabei letztlich scheitern sollten. So beenden fast 10 Prozent dieser Studenten ihr Studium ohne Abschluss. Es gibt aber auch viele, die ihr Hochschulstudium erfolgreich absolvieren: Ein Drittel aller Studenten portugiesischer Herkunft und

[1] Brinbaum Y., Guégnard C., 2010, Orientation, parcours de formation et insertion : quelles relations pour les jeunes issus de l'immigration, Relief n°30, Céreq, Mai, 323-338. Brinbaum Y., Guégnard C., 2011, Parcours de formation et insertion des jeunes issus de l'immigration. De l'orientation au sentiment de discrimination, Document Net.Doc n°78, Céreq.

ein Viertel der aus dem Maghreb stammenden Studenten schließen ihr Studium mit einem Hochschulabschluss ab (gegenüber 45 Prozent französischer Herkunft).

Auch bei der Jobsuche innerhalb der ersten drei Jahre nach Beendigung der Berufsausbildung sind Jugendliche mit Migrationshintergrund und insbesondere Jugendliche, die aus dem Maghreb und dem subsaharischen Afrika stammen, benachteiligt. Ihr Arbeitslosigkeitsrisiko ist bei gleichem Berufsabschluss und Bildungsweg doppelt so hoch wie das eines Absolventen französischer Herkunft und sogar noch höher, wenn sie zum Ende der Sekundarstufe I (Collège) eine ihren Wünschen und Neigungen widersprechende Orientierung gewählt haben. Frauen sind bei gleichem Bildungsabschluss häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, was ihre schwächere Stellung auf dem Arbeitsmarkt bestätigt und das soziale, ethnische und geschlechterbezogene Ungleichgewicht verstärkt. Eine Ausnahme bilden junge Absolventen aus Portugal, die deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen. Nach Berücksichtigung der sozialen und demografischen Unterschiede, der verschiedenen Bildungswege und Zugänge zum Berufsleben ist festzustellen, dass die Herkunft der Eltern eine wesentliche Rolle spielt. Wenngleich sich das Arbeitslosigkeitsrisiko umgekehrt proportional zum Bildungsniveau verhält, so sind Jugendliche nordafrikanischer Herkunft auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt. Dies zeugt von einer Beschäftigungsdiskriminierung, die auch von den Jugendlichen selbst deutlich wahrgenommen wird.

Quelldokument des Hohen Rates für Integration (Haut Conseil à l'Intégration) 2010

(...) Erst 1978 wurde die Schulausbildung von Migrantenkindern zu einem öffentlich diskutierten politischen Thema ... Aktuell existieren verschiedene Strukturen, die sich am Alter der Schüler und ihrer früheren Schulbildung orientieren. Für Schüler, die bei ihrer Ankunft keine oder eine geringe Schulbildung vorzuweisen haben, gilt:

- Schüler bis 16 Jahre ohne oder mit geringer vorheriger Schulbildung werden in Aufnahmeklassen für Schüler ohne vorherige Schulbildung (classe d'accueil d'élèves non scolarisés antérieurement oder CLA-NSA) aufgenommen;
- Schüler ab 16 Jahre sind nicht mehr schulpflichtig; sie können allerdings die Angebote des Programms zur sozialen Eingliederung (Mission Générale d'Insertion oder MGI) in Anspruch nehmen.

Für alle anderen Schüler gilt das allgemeine Prinzip der doppelten Eintragung (double inscription) (auf administrativer und auf pädagogischer Ebene): In der Primarstufe werden die Schüler in eine Klasse ihrer Altersstufe aufgenommen und außerdem zu bestimmten Zeiten in sogenannten Einführungsklassen (classe d'initiation oder CLIN) unterrichtet; in der Sekundarstufe werden die Schüler in Aufnahmeklassen (classe d'accueil oder CLA) aufgenommen und schrittweise in eine Klasse ihrer Altersstufe integriert.

Darüber hinaus wird Unterricht zur Sprache und Kultur des Herkunftslandes (Enseignements des langues et cultures d'origine oder ELCO) angeboten, der in der Regel nach dem regulären Schulunterricht stattfindet. Die Anmeldung zu diesem Unterricht ist freiwillig, allerdings ist die Teilnahme ab der freiwilligen Anmeldung obligatorisch. Die Dauer beträgt mindestens anderthalb, höchstens drei Wochenstunden.

Migranten und Personen mit Migrationshintergrund bilden zudem eine Zielgruppe weiterer Programme und Maßnahmen. Hierzu zählen:

- **„Espoir banlieues"** (Hoffnung für die Vorstädte) – ein Programm, das seit Sommer 2008 in 200 Schulen der Sekundarstufe II (Lycées) umgesetzt wird und Angebote zur Unterstützung der Schüler während des Schuljahres und der Schulferien umfasst;
- **„Busing"** – ein Schulbusangebot, mit dem Schüler der Primarstufe (obere Jahrgänge) zu Schulen außerhalb ihres Stadtviertels oder Einzugsgebiets gebracht und von dort wieder abgeholt werden;
- **Spitzeninternate** (internats d'excellence) (ca. 100 Plätze) und
- **Bildungsnetzwerke** (Réseaux Ambition Réussite oder RAR), die zahlreiche Schüler mit sozialen und schulischen Schwierigkeiten unterstützen.

Die Autorin

Christine Guégnard
ist Ingénieure d'études am IREDU/CNRS, Centre Associé au Céreqan der Université de Bourgogne.

Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung weiterhin stark nachgefragt

Antragszahlen auf konstant hohem Niveau

© KomBi

Teilnehmende am GRUNDTVIG-Workshop "Anti-discrimination in practice"

Hans Georg Rosenstein ▪▪▪ **Die Antragsrunde 2011 hat in den sechs dezentralen GRUNDTVIG-Aktionen in Deutschland auch im fünften Jahr des Programms für lebenslanges Lernen erneut erfreulich gute Antragszahlen erbracht. In nahezu allen Aktionen konnte das hohe Antragsniveau des Vorjahres gehalten werden, einzig im Bereich der Individualförderungen von Fortbildungen für das Bildungspersonal (In-Service-Training – IST) war die Antragszahl gegenüber dem Vorjahr rückläufig.**

Für die Förderung der dezentralen Aktionen im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung stehen der NA beim BIBB für deutsche Einrichtungen und Individualförderungen im Jahr 2011 knapp fünf Millionen Euro zur Verfügung. Damit haben sich die auf Deutschland entfallenden Mittel für GRUNDTVIG seit Beginn des Programms für lebenslanges Lernen im Jahre 2007 nahezu verdoppelt.

GRUNDTVIG Mobilität

Mit 145 Anträgen (nach 148 im Vorjahr) konnte in der Aktion Workshops das sehr gute Ergebnis des Vorjahrs in etwa gehalten werden. 25 der Anträge erfüllten die formalen Anforderungen nicht und können somit nicht in das inhaltliche Bewertungsverfahren eingehen. Wesentlicher Grund für die formale Ablehnung dieser Anträge war die fehlende Passgenauigkeit der vorgesehenen Zielgruppe, richten sich die Workshops doch an Lernende in Europa, die keinen professionellen Hintergrund als Erwachsenenbildner/-in haben.

In dieser Antragsrunde wurde erstmals mit dem Thema „Gesundheitsbildung" eine inhaltliche Priorität im nationalen Aufruf festgeschrieben. Anträge, die sich eindeutig auf dieses Thema beziehen, erhalten bei der inhaltlichen Bewertung einen Punktebonus. Mindestens 18 der vorliegenden Anträge haben die inhaltliche Priorität aufgegriffen.

Mit den Ergebnissen der inhaltlichen Bewertung ist Ende Juni zu rechnen; die NA beim BIBB geht davon aus, mindestens 25 bis 30 Anträge mit einem Finanzvolumen von mindestens 660.000 Euro fördern zu können. Von

dieser Förderung würden neben den ausrichtenden Workshop-Anbietern auch über 500 Teilnehmer/-innen aus Europa mit einem vollfinanzierten Lernaufenthalt profitieren.

Im Bereich der individuellen Fortbildungen für das Bildungspersonal (IST) fiel die Zahl der Anträge in der ersten Runde dieses Jahres mit 205 zwar um rund ein Drittel geringer aus als im Vorjahr. Durch einen Rückgang der formalen Ablehnungen und eine allgemein gestiegene Antragsqualität konnte die Zahl der Förderungen in dieser ersten von drei Runden jedoch nahezu konstant gehalten werden. Insgesamt erfüllten 97 Anträge die formalen und inhaltlichen Anforderungen, damit war die Zahl der Förderungen der ersten Antragsrunde verglichen zum Vorjahr nur leicht rückläufig (1. Runde 2010: 103 Förderungen). Die NA beim BIBB wird ihre Anstrengungen fortsetzen, durch individuelle Beratung und schriftliche Handreichungen zur Antragstellung die Förderquote in der Aktion weiter zu steigern. Problematisch bleibt jedoch, dass nach wie vor eine hohe Zahl von Angeboten der GRUNDTVIG-Kursdatenbank nicht ausreichend viele europäische Teilnehmer/-innen gewinnen und vom Veranstalter abgesagt werden müssen.

Für „Besuche und Austausche" als Aktion zur Förderung von informellen Lernaufenthalten in Europa wurden in der ersten Runde 24 Anträge eingereicht (23 im Vorjahr). Wie im Vorjahr gab es einen Bonus auf Anträge für informelle Lernaufenthalte (Hospitationen, Praktika, Konferenzbesuche) mit einer Dauer von mindestens zehn Tagen. Nach formaler und inhaltlicher Prüfung erfüllten neun der Anträge die formalen und inhaltlichen Anforderungen und wurden in die Förderung aufgenommen. Insgesamt stehen für die Förderung von IST-Kursen und informellen Lernaufenthalten in Deutschland über 500.000 Euro zur Verfügung.

Im Bereich der GRUNDTVIG-Assistent(-inn)en blieb die Zahl der Anträge wiederum hinter den Erwartungen zurück. Wie im Vorjahr wurden 15 Anträge eingereicht. Die formale und inhaltliche Prüfung in dieser Aktion steht noch aus, die Förderentscheidungen werden im Juni bekannt gegeben. Für diese Aktion wird die NA weiterhin Möglichkeiten zur Verfügung stellen, die sowohl potenziellen Assisten(inn)en als auch möglichen aufnehmenden Einrichtungen die Suche nach geeigneten Partnern erleichtern sollen.

Antragsrunde 2011 – GRUNDTVIG Mobilität:

Aktion		Zahl der Anträge 2011	2010
Fortbildungen (In-service-training)	Runde 1 von 3:	205	305
Besuche und Austausche	Runde 1 von 3:	24	23
Workshops		145	148
Assistentinnen / Assistenten		15	15

Antragsrunde 2011 – GRUNDTVIG Partnerschaften/Projekte:

Aktion	Zahl der Anträge 2011	2010
Lernpartnerschaften	283	279
davon Koordinatoren	69	77
davon Partner	214	202
Freiwilligenprojekte 50 +	23	20
davon Koordinatoren	10	12
davon Partner	13	8

GRUNDTVIG Lernpartnerschaften und Freiwilligenprojekte

Für den Bereich der GRUNDTVIG Lernpartnerschaften war die diesjährige Antragsrunde die quantitativ erfolgreichste seit Bestehen der Aktion. Die NA beim BIBB erhielt insgesamt 283 Anträge (279 im Vorjahr), darunter waren 69 Anträge, die von einer deutschen Einrichtung koordiniert werden sollen.

In den 283 Anträgen wurden über 5,1 Millionen Euro beantragt; die NA beabsichtigt, ca. 3,5 Millionen Euro für die Förderung der formal und inhaltlich förderfähigen Anträge bereit zu stellen, das sind mehr als zwei Drittel des dezentralen GRUNDTVIG-Budgets in Deutschland.

Wie im Vorjahr spiegeln die Anträge eine sehr breite Themenpalette wider. Quantitativ im Vordergrund standen Anträge zum Themencluster „Inklusion", dabei wiederum waren Projekte mit der Zielgruppe der älteren Menschen, der Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Migrationshintergrund besonders gut vertreten. Auffällig viele Anträge erhielt die NA in diesem Jahr zur Umweltthematik und zum Freiwilligenengagement.

Im Bereich der bilateralen Freiwilligenprojekte 50+ stieg die Antragszahl von 20 im Vorjahr auf 23 in dieser Antragsrunde, bei 10 Anträgen sollen deutsche Einrichtungen das Projekt koordinieren. Die insgesamt beantragten Mittel liegen bei gut 350.000 Euro, damit wurden Fördermittel für Auslandsaufenthalte von 235 Freiwilligen beantragt. Die NA wird in diesem Jahr für ca. 10 Freiwilligenprojekte die entsprechenden Mittel bereitstellen können.

Nach Abschluss des europäischen Matching-Prozesses werden die Antragsteller der Lernpartnerschaften und Freiwilligenprojekte vom Ausgang der Verfahrens unterrichtet, die NA erwartet das Ergebnis gegen Ende Juni 2011.

Antragszahlen weiterhin auf hohem Niveau

Insbesondere LEONARDO Partnerschaften legen nochmals deutlich zu

Ulrike Schröder, Ulrike Engels, Andrea Mohoric ▪▪▪ **Das Programm für lebenslanges Lernen geht 2011 in die fünfte Förderrunde. Im Bereich der beruflichen Bildung zeichnen sich deutliche Tendenzen ab: Während die Förderlinien LEONARDO DA VINCI Mobilität und Innovationstransfer in ihrem Antragsvolumen stabil bleiben, legt die Anzahl der beantragten Partnerschaftsprojekte nochmals deutlich zu. Mit einer nahezu Verdoppelung der Antragszahlen seit 2008 wurden die Erwartungen aus dem Vorjahr deutlich übertroffen. Verbindendes Thema vieler Projekte ist die Beschäftigung mit ECVET.**

Innovationstransfer

Durch die Implementierung erfolgreicher Konzepte oder Lösungen in neue Kontexte tragen die LEONARDO DA VINCI Innovationstransferprojekte unmittelbar zur Umsetzung der auf europäischer Ebene vereinbarten Ziele für die berufliche Bildung bei. Mit insgesamt 66 Projektanträgen bewegt sich in der Förderrunde 2011 die Antragszahl nun zum dritten Mal in Folge auf vergleichbarem Niveau. Zwei Projekte erfüllten die formalen Förderkriterien nicht, so dass derzeit 64 Projektvorschläge von externen Fachleuten begutachtet werden. Bei der Auswahl der zu fördernden Projekte gewinnen die von der Europäischen Kommission formulierten Prioritäten zunehmend an Bedeutung: Neben der Qualität der Anträge wird in diesem Jahr erstmals auch die Verteilung auf die Prioritäten berücksichtigt.

2011 konnten die Antragsteller zwischen sechs europäischen Prioritäten wählen (s. Grafik). Dabei zeigt sich, dass die auf Systeme und Strukturen ausgerichteten Prioritäten (Transfer von Mobilitätsstrategien, Priorität 4, und Verbesserung der Qualitätssicherungssysteme, Priorität 6) mit nur zwei bzw. fünf Projektanträgen eine sehr verhaltene Nachfrage erfuhren, obwohl gerade hier der Projekttyp interessante Möglichkeiten für eine nachhaltige, breiter aufgestellte Wirkung bietet.

Besonderes Interesse besteht bei den Projektakteuren nach wie vor an der Qualifizierung des Berufsbildungspersonals (Priorität 2, 18 Anträge). Aber auch bei der Vermittlung von für die Berufstätigkeit notwendigen Schlüsselkompetenzen (Priorität 3, 17 Anträge) und bei der besseren Ausrichtung beruflicher Bildungsangebote an den Anforderungen des Arbeitsmarkts (Priorität 1, 14 Anträge) sehen sie sinnvolle Aufgaben und Möglichkeiten für den Innovationstransfer. Priorität 5 - ECVET - wurde mit 10 Anträgen seltener als erwartet gewählt.

Auch in diesem Jahr wurden die nationalen Prioritäten („ECVET“ sowie „Qualität“ in der beruflichen Bildung) sehr häufig gewählt; 49 Anträge beziehen sich auf eine oder sogar beide nationalen Prioritäten. In der Bewertung der Anträge zeichnet sich jedoch bereits jetzt ab, dass die geplanten Projektaktivitäten den Anforderungen der nationalen Priorität nur selten entsprechen.

Verbindendes Thema vieler Projekte ist die Beschäftigung mit den zentralen europäischen Transparenzinstrumenten EQR/DQR und ECVET und die mit diesen verbundene Orientierung der beruflichen Bildung an Lernergebnissen. Stärker als bisher im Themenspektrum vertreten sind für die Berufstätigkeit notwendige Grundqualifikationen wie Lesefähigkeit oder mathematische Kompetenz.

Gesundheit, Pflege und Soziales sind Bereiche, in denen besonders viele Antragsteller Bedarfe feststellen. Weiterhin werden Projektideen zur Verankerung nachhaltiger Entwicklung in der Aus- und Weiterbildung für unterschiedliche Sektoren eingereicht.

Die Finanzentscheidung der Europäischen Kommission ist für Mitte Juli geplant. Rund 30 Projekte werden dann ab Oktober 2011 ihre Arbeit aufnehmen können.

LEONARDO DA VINCI Partnerschaften boomen auch 2011

In der Förderrunde 2011 sind insgesamt 301 Anträge für eine LEONARDO DA VINCI Partnerschaft eingegangen. 64 Einrichtungen aus Deutschland haben ihren Antrag als Koordinatoren des Projektes eingereicht, während 237 Partneranträge gestellt worden sind.

Damit hat sich der positive Trend steigender Antragszahlen der letzten Jahre auch in dieser Auswahlrunde fortgesetzt und das Antragsvolumen hat sich seit 2008 fast verdoppelt.

Die inhaltliche Offenheit führt zusammen mit fehlenden einschränkenden administrativen Regelungen dazu, dass die Partnerschaften großen Zuspruch finden und auch Spiegel der bildungspolitisch gefragten Themen sind.

Durch die Aktion LEONARDO DA VINCI Partnerschaften konnten sowohl neue Akteure für die transnationale Berufsbildungszusammenarbeit gewonnen werden als auch erfahrene Projektträger motiviert werden, die Aktion als ergänzendes Instrument für LEONARDO DA VINCI Mobilität und Innovationstransfer zu nutzen.

Zentrale Themenbereiche für die Kooperation sind in diesem Jahr:

- Schaffung engerer Verbindungen zwischen Berufsbildung und Arbeitsleben,
- Anerkennung nichtformaler und informeller Lernerfahrungen,
- Feststellen des künftigen Qualifikationsbedarfs des Arbeitsmarktes,
- Kooperation im Bereich der Transparenz von Berufsbildungssystemen: ECVET, EQR und EUROPASS,

- Professionalisierung des Berufsbildungspersonals,
- Benachteiligtenförderung/ Inklusion sowie
- Qualitätssicherung.

Die NA beim BIBB bittet die Antragstellerinnen und Antragsteller um Verständnis, dass sie zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussagen über Förderauswahl der einzelnen Anträge machen kann. Die Förderliste wird voraussichtlich im Juli 2011 auf der Website der Nationalen Agentur veröffentlicht werden.

LEONARDO DA VINCI Mobilität

Für die Antragsrunde 2011 sind insgesamt 632 LEONARDO DA VINCI-Mobilitätsanträge bei der NA beim BIBB eingereicht worden:

475 für IVT –
Erstausbildung,

75 für VETPRO –
Fachkräfte der beruflichen Bildung

82 für PLM –
Personen am Arbeitsmarkt.

Die Anzahl der beantragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt mit insgesamt 16.811 nahezu auf gleichem Niveau wie im Vorjahr und ist damit stabil geblieben. Lediglich im Bereich des Bildungspersonals sind die Antragszahlen in dieser Förderrunde leicht rückläufig, obwohl die Anzahl der beantragten Teilnehmer/-innen fast unverändert ist.

Entsprechend der Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission bei der Mobilität und der Initiative "Youth on the Move" liegt in der Erstausbildung das erhöhte Fördervolumen 2011 bei 16,9 Millionen Euro. Damit können nahezu alle qualitativ guten Projektanträge in diesem Bereich gefördert werden.

Insgesamt 47 Einrichtungen beantragten eine längerfristige Förderzusage in der Form eines Mobilitäts-Zertifikats, was dieses Jahr im Rahmen der noch laufenden Programmgeneration bis 2013 zum letzten Mal möglich war.

Neuerungen bei LEONARDO Mobilität

Im Herbst 2010 wurde im Bereich der Mobilitätsprojekte für Arbeitnehmer ein Impuls mit erfolgreichen Projektkonzepten zum Schwerpunkt "Kompetenzerweiterung durch Mobilität" und damit zur Verstärkung von Anträgen mit dem Teilnehmerkreis von Mitarbeitern in Betrieben und Weiterbildungsteilnehmer gegeben. Um die Hürden der Freistellung im Betrieb zur Teilnahme an einem Auslandsaufenthalt zu verringern, wurde die Mindestaufenthaltsdauer in der Antragsrunde 2011 auf zwei Wochen gesenkt. Immerhin 16 Projektantragsteller nahmen diese Neuregelung als spürbare Erleichterung auf.

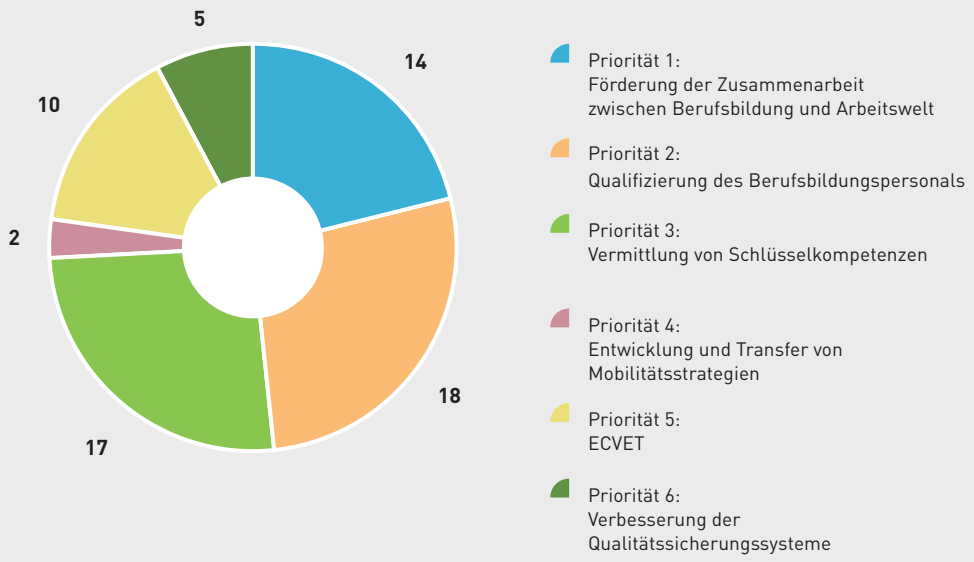
Neue Antragsteller, die bislang noch kein Projekt im Aktionsbereich Mobilität beantragt hatten, erhalten bei der Bewertung ihres Antrags 10 Punkte zusätzlich. 104 Einrichtungen mit 108 Mobilitätsanträgen können 2011 von dieser Neuregelung profitieren.

In der Antragsrunde 2011 war es erstmals möglich, Poolprojekte für die Zielgruppe des Berufsbildungspersonals zu beantragen. Diese Gelegenheit nahmen fünf Antragsteller wahr, um bundesweit maßgeschneiderte Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und Ausbilder/-innen im Ausland zu konzipieren.

Auf die nationale Priorität „ECVET", die bereits in der letzten Antragsrunde als nationale Ergänzung im europäischen Aufruf aufgenommen worden war, bewarben sich 18 Antragsteller. LEONARDO DA VINCI-Mobilitätsprojekte nehmen beim europäischen Erprobungsprozess zum Leistungspunktesystem und zur Transparenz von Qualifikationen eine wichtige Rolle ein. Dabei ist die lernergebnisorientierte Beschreibung von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen in Form von Lerneinheiten entscheidend für die im Auslandspraktikum absolvierten Arbeitsprozesse und -aufgaben.

Aufgrund eines deutlichen Aufwuchses bei den europäischen Finanzmitteln konnten bis Ende Mai 555 LEONARDO DA VINCI Mobilitätsprojekte mit über 14.000 Teilnehmenden eine Finanzierungszusage erhalten.

Verteilung der eingereichten ITP-Anträge



Mobilität des Berufsbildungspersonals

Impulsgeber für Internationalisierung, Modernisierung und Innovation

© Fotolia/Gina Sanders

Andrea Mohoric ▪▪▪ Eine aktuelle Studie zeigt, wie wichtig und nachhaltig mobiles Bildungspersonal als Multiplikator in Europa ist. Unter dem Titel „Untersuchung der Auswirkungen von Mobilitätsprojekten des Programms LEONARDO DA VINCI auf die Qualität von Systemen der beruflichen Aus- und Weiterbildung" hat die EU-Kommission diese Studie in Auftrag gegebenen, die Ende 2010 erschienen ist.

Aus Deutschland sind alljährlich rund 750 Lehrer/-innen und Ausbilder/-innen der Berufsbildung in Europa mobil. Sie bilden sich weiter zu neuen Techniken, Methoden und Rollenanforderungen; sie informieren sich über Lehrpläne und Ausbildungsgänge anderer Berufsbildungssysteme oder hospitieren im Unterricht und in Betrieben im Ausland. Das Berufsbildungspersonal nutzt den Auslandsaufenthalt zur Erweiterung seiner Methodenkompetenzen und befasst sich mit fachdidaktischen Themen. Zudem sind zielgruppenspezifische Ansätze, interkulturelles Lernen und Sprachen lernen weitere wichtige Themenschwerpunkte bei den Mobilitätsprojekten, wie auch Schulentwicklung und Qualitätsentwicklung.

Wirkung auf das nationale Berufsbildungssystem

Die europäische Studie zeigt, dass mobiles Bildungspersonal vor allem zur erhöhten Bedeutung internationaler Berufskompetenzen, zur Qualitätssteigerung und Erweiterung der transnationalen Vernetzung beiträgt. Die deutlichsten Auswirkungen des mobilen Bildungspersonals zeigen sich in der verbesserten Förderung interkultureller und sprachlicher Kompetenzen. Zudem steigt die Motivation bei Institutionen – vor allem Schulbehörden und Kammern – Mobilität zu unterstützen.

Wirkung auf das Bildungspersonal

80 Prozent des Bildungspersonals profitiert persönlich in hohem Umfang von der Mobilitäterfahrung. Die Wirkungen sind vielfältig: Insbesondere qualitative Veränderungen wie z. B. stärkere persönliche Einbindung in Maßnahmen zur Verbesserung des Berufsbildungssystems oder mehr Verantwortung am Arbeits-

platz werden genannt, aber auch berufliche Aufstiegsprozesse.

Die im Ausland erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen können häufig in der praktischen Arbeit genutzt werden. 47 Prozent der Befragten können neue Ausbildungsinhalte, 45 Prozent neue Lehr- und Lernmethoden einsetzen sowie 47 Prozent neue Arbeitstechniken und -praktiken anwenden. 42 Prozent sind an der Entwicklung neuer Ausbildungskonzepte beteiligt.

Wirkung auf die entsendende Einrichtung

Mobilität des Bildungspersonals führt zu entscheidenden Veränderungen und Innovationen. 55 Prozent der Bildungseinrichtungen verfolgen eine Internationalisierungsstrategie und ebenfalls 55 Prozent sehen die Teilnahme ihrer Mitarbeiter/-innen als wichtiges Instrument der Qualitätsverbesserung in der Aus- und Weiterbildung an. Durch die Mobilität des Bildungspersonals konnten neue Inhalte in der Aus- und Weiterbildung (45 %) sowie neue Lehr- und Lernmethoden (45 %) eingeführt werden. 39 Prozent der befragten Einrichtungen verfügen über einen Weiterbildungsplan für Lehrkräfte und Ausbilder/-innen.

Durch die Mobilität des Bildungspersonals gewinnen die Einrichtungen an Profil. Es werden vielfältige Partnerschaften und Netzwerke (48 %) angestoßen und verstetigt, die durch ihren Multiplikatoreffekt zu mehr Nachhaltigkeit führen. Die Bildungseinrichtungen können sich im zunehmenden Wettbewerb in der Bildungslandschaft besser behaupten.

Praktische Empfehlungen

Besonders erfolgreiche Konzepte zur Mobilität des Bildungspersonals beteiligen die berufsbildenden Fachkräfte bei der fachlich-inhaltlichen Vorbereitung, so das Ergebnis der Studie. Mobilitätsprojekte des Bildungspersonals stiften hohen praktischen Nutzen, wenn sie Tandempartnerschaften von Lehrer(inne)n und Ausbilder(inne)n sowie eigenes Unterrichten und Ausbilden in beruflichen Einrichtungen im Ausland beinhalten.

Nachhaltige Wirkung von Mobilitätsprojekten kann durch den Transfer des „Gelernten“ in die Ausbildungspraxis verstärkt werden, wenn die Mitarbeiter unterstützt durch das Management der Bildungseinrichtung Ergebnisse in die eigne Lehr- und Ausbildungstätigkeit übertragen. Besonders erfolgreiche Konzepte zur Mobilität des Bildungspersonals beruhen auf einer gemeinsamen Strategie der Personal- und Organisationsentwicklung. Auslandsaufenthalte als Bestandteil der beruflichen Aus- und Weiterbildung können diesen Effekt laut Studie noch erhöhen.

Mobilität des Bildungspersonals strategisch nutzen

Lernende Mitarbeiter und lernende Organisationen greifen europaweit berufsbildende Konzepte auf und übertragen Erkenntnisse in die eigene Ausbildungspraxis. Seit 2009 hat die Nationale Agentur beim BIBB dieses Leitmotiv in einem Qualitätsprozess gemeinsam mit den Trägern der Mobilitätsprojekte des Berufsbildungspersonals aufgenommen. Personalentwicklung und Organisationsentwicklung sind zwei Seiten einer Medaille. Mobilitätsprojekte sind als Qualifizierung im Ausland zu verstehen und gehören zur Professionalisierungsstrategie des Bildungspersonals in Europa.

Viele berufliche Einrichtungen nutzen diesen Projekttyp längst für ihre strategische Ausrichtung, wie z. B. das Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg Lüdinghausen, das zielgruppenspezifische Methodenqualifizierung und Organisationsentwicklung verbindet: Berufsschullehrer/-innen informierten sich über Methoden zur gezielten Förderung von Auszubildenden im Ausland und brachten neue Ansätze und Konzepte in ihr Schulprogramm zur „individuellen Förderung“ ein. Dafür erhielt die zertifizierte Europaschule das Gütesiegel für Schulentwicklung des Landes NRW.

Die vollständige Studie ist auf der Website der EU unter: http://ec.europa.eu/education/more-information/doc/2010/vetpro_de.pdf hinterlegt.

Studie Verdeckte Mobilität

Eine von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beauftragte und in 2010 abgeschlossene Studie mit dem Titel „Verdeckte Mobilität in der Erstausbildung" hat erstmalig erfasst, wie viele Auszubildende und Berufsfachschüler/-innen in Deutschland im Rahmen ihrer Ausbildung eine Auslandsaufenthalt absolvieren.

Bislang lagen nur die Teilnehmerzahlen in der Aktion LEONARDO DA VINCI Mobilität und den bilateralen Austauschprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vor. Unbekannt war bisher die Zahl der jungen Menschen, die ihren Auslandsaufenthalt im Rahmen anderer Programme oder privat finanziert absolvieren. Darüber hinaus trifft die Studie wichtige Aussagen zum Nutzen der Mobilität für Teilnehmende und Betriebe. Eine Kurzfassung der Studie finden Sie auf der Website der Nationalen Agentur beim BIBB unter www.na-bibb.de/uploads/allgemeiner_bereich/studie_verdeckte_mobilitaet_kurzfassung.pdf. Die zehn wichtigsten Kernaussagen lauten:

1. Drei Prozent der Personen in beruflicher Erstausbildung sind international mobil

Der Umfang der transnationalen Mobilität von Personen in der Erstausbildung – Auszubildende und Berufsfachschüler/-innen – ist höher als bisher angenommen. Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 haben 3 Prozent aller Auszubildenden und Berufsfachschüler Auslandspraktika und andere vergleichbare Maßnahmen absolviert.

2. 23.500 Auszubildende und Berufsfachschüler gehen jedes Jahr ins Ausland

Insgesamt nehmen pro Jahr rund 16.000 Auszubildende und ca. 7.500 Berufsfachschüler/-innen an transnationaler Mobilität teil (Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009). Zusammengenommen sind damit jährlich rund 23.500 Personen in der Erstausbildung mobil. Die Mobilitätsanteile von Berufsfachschülern sind mit 3,4 Prozent etwas höher als die der Auszubildenden mit 2,9 Prozent.

3. Wichtiger Kompetenzerwerb und hoher Nutzen

Transnationale Mobilität führt nicht nur zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse und sozialen Kompetenzen, sondern trägt auch maßgeblich zur Erweiterung der beruflichen Fachkenntnisse und Kompetenzen bei. Die Teilnehmenden profitieren besonders stark hinsichtlich interkultureller Kompetenzen (76 %) der Fremdsprachkenntnisse (71 %) und internationaler Fachkenntnisse (61 %).

4. Das BMBF ist der Motor für internationale Mobilität in der Erstausbildung

Die vom BMBF verantworteten und geförderten Programme in Deutschland sind der Mobilitätsmotor. Auf LEONARDO DA VINCI und die bilateralen Austauschprogramme des BMBF entfallen im Zeitraum 2007 bis 2009 durchschnittlich über 10.000 Auslandsaufenthalte. Damit decken diese etwa 45 Prozent der gesamten Mobilität ab.

5. Unternehmen und Privatpersonen beteiligen sich an der Finanzierung

Über 40 Prozent der Auslandsaufenthalte werden vollständig privat von Unternehmen oder den Teilnehmenden finanziert. Darüber hinaus stellen auch die geförderten Programme in der Regel keine vollständige Finanzierung bereit. Zwei Drittel der Teilnehmenden dieser Programme geben an, dass sie selbst oder ihr Unternehmen sich an der Finanzierung beteiligen.

6. Der Anteil der in der Mobilität aktiven Unternehmen wird wachsen

Obwohl derzeit nur 6 Prozent der Betriebe regelmäßig oder gelegentlich Auszubildende ins Ausland schicken, äußern fast 40 Prozent, dass sie zukünftig „sicher" (6 %) oder „vielleicht" (33 %) Lernphasen im Ausland einplanen werden.

7. Unternehmen halten Anerkennung für ein Problem und suchen Unterstützung

Das Wissen in den Unternehmen über die bestehende Anerkennung der Lernphasen im Ausland ist gering. 79 Prozent der befragten Unternehmen sehen in der Anerkennung des Ausbildungsaufenthaltes als Teil der Ausbildung noch ein Problem, obwohl dies mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2005 eindeutig so geregelt ist. Die Unternehmen erhoffen sich von den Kammern (75 %) und Berufsschulen (64 %) Unterstützung bei der Durchführung von Auslandsaufenthalten.

8. Es gibt mehr oder weniger mobile Berufe

Nahezu zwei Drittel der mobilen Auszubildenden in Deutschland werden in nur 12 verschiedenen Berufen ausgebildet. Auf diese Berufe entfallen ein Drittel aller Auszubildenden in Deutschland. Folgende Berufe verzeichnen die höchsten Mobilitätszahlen: Industriekaufleute, Bürokaufleute, Elektroniker/-innen, Industriemechaniker/-innen, Mechatroniker/-innen sowie Köche/Köchinnen.

9. Mobilität weltweit mit deutlichem europäischem Schwerpunkt

Auslandsaufenthalte von Personen in der Erstausbildung finden zwar nahezu weltweit statt. Fast 90 Prozent der Mobilitäten gehen aber in ein europäisches Zielland. Das zahlenmäßig bedeutendste Zielland außerhalb Europas sind die USA (4 %).

10. Dokumentation der Kompetenzen

Im Programm LEONARDO DA VINCI und bei den bilateralen Austauschprogrammen des BMBF ist die Dokumentationsintensität wesentlich höher als bei der Mobilität von Personen in der Erstausbildung generell. So haben nach den Ergebnissen der Befragung z. B. nur 6 Prozent der Teilnehmenden an LEONARDO DA VINCI-Maßnahmen und den bilateralen Austauschprogrammen des BMBF kein Zertifikat erhalten, während dies bei den übrigen Mobilitätsmaßnahmen bei 30 Prozent der Fall war. Auch wird der EUROPASS Mobilität bei den erstgenannten Maßnahmen weitaus häufiger ausgestellt (67 %). Bei den übrigen Auslandsaufenthalten haben gerade einmal 4 Prozent der Personen eine solche Bescheinigung erhalten.

www.ecvet-info.de

Neues Infoportal unterstützt Bildungsakteure bei der Erprobung von ECVET

Karin Küßner ▪▪▪ Das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung ECVET soll bis 2013 europaweit erprobt werden. Ziel ist es, praxisorientierte Verfahren und Instrumente zu entwickeln, die es ermöglichen, im Ausland erworbene berufliche Kompetenzen transparent darzustellen und auf die nationale Aus- und Weiterbildung anrechenbar zu machen. Ab Mai 2011 soll das Portal www.ecvet-info.de deutsche Bildungsakteure bei der Umsetzung des ECVET-Ansatzes unterstützen. Es erläutert verständlich Ziele, Prinzipien, Verfahren und Instrumente von ECVET und verdeutlicht die Anwendungsmöglichkeiten an Beispielen guter Praxis.

Im November 2010 hat die Nationale Koordinierungsstelle ECVET (NKS ECVET) in der NA beim BIBB im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ihre Arbeit aufgenommen. Kernaufgabe der NKS ist es, Bildungsakteure der beruflichen Aus- und Weiterbildung über die Prinzipien und Instrumente sowie Anwendungsmöglichkeiten von ECVET zu informieren und sie bei der Entwicklung praxisrelevanter Materialien, wie Handreichungen oder Leitfäden, zu unterstützen und zu beraten. Die NKS flankiert dabei die Aktivitäten der NA beim BIBB zur Erprobung von ECVET im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen. Als eine erste wichtige Serviceleistung wird die NKS im Mai 2011 unter der Adresse www.ecvet-info.de ein neues Internetportal online stellen. Damit steht Interessierten eine zentrale Plattform für grundsätzliche Fragen der Anwendung von ECVET zur Verfügung.

Um Transparenz, Mobilität und Durchlässigkeit während der Berufsausbildung in Europa zu fördern, soll der auf europäischer Ebene entwickelte ECVET-Ansatz zur Identifizierung, Bewertung und Anrechnung von Lernergebnissen systematisch erprobt und weiterentwickelt werden. Die neue Website erläutert den an Lernergebnissen orientierten Ansatz des Transparenzinstruments ECVET und veranschaulicht an konkreten Praxisbeispielen, wie Lernergebnisse in Form von Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen beschrieben und zu transferierbaren Einheiten gebündelt werden können. Sie beschreibt die Anwendungs-

möglichkeiten der ECVET-Instrumente, die zu einer nachhaltigen Etablierung vor allem von längerfristigen Lernaufenthalten im Ausland beitragen sollen. Mit der Partnerschafts- und Lernvereinbarung können entsendende und aufnehmende Einrichtung bereits im Vorfeld ein klares gemeinsames Verständnis über den angestrebten Lernerfolg und den Kompetenzzuwachs während des Auslandsaufenthalts erzielen. Die Bewertung und Dokumentation der Lernergebnisse – ggf. unter Vergabe von Kreditpunkten – in einem individuellen Leistungsnachweis erleichtert die Anrechnung auf die nationale Qualifikation und trägt dazu bei, dass Lernzeiten im Ausland effizient genutzt werden können.

Weitreichender Klärungsbedarf zu ECVET

Die auf EU-Ebene entwickelten Materialien, wie ein umfangreicher FAQ-Katalog und ein Mobility-Guide zur Förderung von geografischer Mobilität, sollen zur Verbesserung eines gemeinsamen Verständnisses von Lernergebnissen und Lernergebniseinheiten in Europa beitragen. Bei der Anwendung von ECVET auf konkrete berufstypische Handlungsfelder oder Teilqualifikationen des deutschen Berufsbildungssystems sind in der Praxis jedoch noch zahlreiche offene Fragen und Herausforderungen zu bewältigen. Dazu gehören Fragen wie beispielsweise:

- Was sind Kriterien und Standards für die Formulierung von Lernergebnissen, die europaweit verständlich sind?
- An welchem Kompetenzmodell (EQF, Nationale oder sektorale Qualifikationsrahmen) sollen sich Lernergebnisbeschreibungen orientieren?
- Wie können Lernergebniseinheiten strukturiert werden, denen in unterschiedlichen europäischen Ländern unterschiedliche Berufsbildungsstrukturen (ganzheitlich versus modular) zu Grunde liegen?
- Welche Auswirkungen hat die Lernergebnisorientierung auf die Kompetenzfeststellung?
- Welche Optionen bestehen hinsichtlich der Anrechnung von Lernergebniseinheiten vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten in Europa?
- Wie können Zusatzqualifikationen, wie beispielsweise der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen in die nationale Berufsausbildung integriert werden?
- Welche Formen der Bewertung und Zertifizierung sind zur Qualitätssicherung der Lernergebnisse erforderlich?
- Welche Rolle spielen Leistungs-/Kreditpunkte als „Währungseinheit“ für Lernergebnisse auf europäischer und auf nationaler Ebene?

Die NKS will mit dem neuen Internetportal diese Fragen aufgreifen und den Dialog zwischen den an der ECVET-Erprobung Beteiligten fördern.

Adressaten und Inhalte des Portals

Das Portal richtet sich insbesondere an Bildungspersonal in beruflichen Schulen, Unternehmen und anderen Bildungseinrichtungen. Adressaten des Infoportals sind auch mobilitätsfördernde Einrichtungen wie z. B. Hochschulen und zuständige Stellen, die sich über konkrete Fragen zur Anwendung von ECVET informieren und ihre Erfahrungen anderen Interessenten zugänglich machen wollen. Auch für potenzielle Antragsteller lohnt sich daher ein Blick auf das neue Portal. Es ermöglicht ihnen, bei der Planung neuer Projekte an bereits vorliegende Ergebnisse und Erfahrungen anzuknüpfen.

Seit Beginn des Programms für lebenslanges Lernen im Jahr 2007 fördert die NA beim BIBB Projekte zum Thema ECVET und seit 2010 werden Innovationstransfer- und Mobilitätsprojekte zum Thema ECVET als nationale Priorität gefördert. Bislang gibt es jedoch keinen zentralen Zugang und keine systematische Übersicht über transnationale Projekte und Initiativen, die sich mit der Anwendung von ECVET befassen. Im Rahmen des kontinuierlichen Aufbaus des Infoportals ECVET ist vorgesehen, dieses um eine Datenbank mit beispielhaften Lernergebniseinheiten aus unterschiedlichen Berufsprofilen und Branchen zu ergänzen. Damit sollen erfolgreiche Modelle bekannt gemacht werden, um sie in weitere Bereiche der beruflichen Aus- und Weiterbildung transferieren zu können.

Das Internetportal ECVET gibt darüber hinaus auch einen Überblick über Projekte und Initiativen in Deutschland, die in engem thematischen Zusammenhang mit der Anwendung von ECVET stehen. Dazu gehören z. B. die Pilotinitiative des BMBF zur „Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung“ DECVET sowie die BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ ANKOM. Auch die Erprobung von Ausbildungsbausteinen im Rahmen des BMBF-Programms „Jobstarter Connect“ zielt auf die Akkumulation und Anrechnung beruflich erworbener Lernergebniseinheiten. Trotz unterschiecher Ansätze und unterschiedlicher bildungspolitischer Zielstellungen in den jeweiligen Programmen auf nationaler und europäischer Ebene gibt es Gemeinsamkeiten betreffend Verfahren und Prinzipien. Ziel ist es, Synergien zu identifizieren, die dazu betragen die Qualität bildungsbereichs- und länderübergreifender Mobilität zu verbessern.

Die Nationale Koordinierungsstelle stellt mit der neuen ECVET-Website nicht nur aktuelle Informationen sowie praxisrelevante Dokumente und Links zur Verfügung. Ziel der NKS ist es auch, den Dialog mit Bildungsakteuren zu nutzen, um konkrete Fragestellungen und praktische Erfahrungen für die Weiterentwicklung des ECVET-Ansatzes aufzugreifen. Bis 2014 gilt es, auf der Grundlage der gewonnenen breiten praktischen Erfahrungen Optimierungsvorschläge für die vorgesehene Revision der ECVET-Empfehlung zu erarbeiten.

Moderner, inhaltlich tiefer und nutzerfreundlicher

EUROPASS-Website neu gestaltet

Uta-M. Behnisch ▪▪▪ **Nachdem das EUROPASS-Rahmenkonzept im Sommer 2010 sein fünfjähriges Bestehen gefeiert hatte, stand für 2011 die Neugestaltung des deutschen EUROPASS-Internetauftritts ganz oben auf der Agenda. Moderner, übersichtlicher gestaltet und im völlig neuen Look bietet die neue Website eine optimale Unterstützung bei der Nutzung der fünf EUROPASS-Dokumente. Im Mai 2011 geht die neue Internetseite online.**

Zielgruppenorientierung

Wofür die einzelnen Dokumente verwendet werden und wie sie Schritt für Schritt erstellt werden können, das war ein wichtiger Schwerpunkt auf der bisherigen Homepage. Der jetzt vorgenommene Einstieg über die Nutzerargumentation wurde zielgruppenspezifisch ausdifferenziert und ausgebaut. Auf der neuen Website wird so Interessierten eine schnellere und leichtere Orientierung ermöglicht. Eine klare Gliederung führt zum leichten Auffinden der Dokumente, dabei werden als wiedererkennbares Element die Farben der einzelnen Dokumente beibehalten.

Die verschiedenen Zielgruppen werden in ‚ihrer' Sprache angesprochen und über eine intuitiv verständliche Navigation durch die einzelnen Seiten geführt. Der Servicecharakter für die jeweilige Zielgruppe wird durch eine spezifische, bedarfsorientierte Auswahl und Präsentation der Inhalte erhöht: Was muss der Endnutzer/die Endnutzerin über den EUROPASS Mobilität wissen und was die Entsendeorganisation? Wie nutzt der EUROPASS Lebenslauf dem Bewerber/der Bewerberin, wie dem Unternehmen? Bei der Entwicklung stand die Optimierung der Nutzerführung im Vordergrund, bei gleichzeitiger Vertiefung der Inhalte. Aktuelle bildungspolitische Entwicklungen wie Lernergebnisorientierung, die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und des Kreditpunktesystems in der Berufsbildung (ECVET) sowie in der Hochschulbildung (ECTS), lebenslanges Lernen, Qualifikationen und Kompetenzorientierung im Zusammenhang mit dem EUROPASS, wurden aufgegriffen und entsprechend eingestellt.

Auch die modernen Angebote der Kommunikation, besonders für junge Leute, werden mittelfristig durch den Zugang zu den Social Media eingerichtet werden.

Design und Navigation

Das Design der Website wurde neu konzipiert und bildet die Grundlage für die gestalterische Konzeption, an der sich zukünftig auch die EUROPASS-Broschüren und -Werbemittel orientieren werden.

Beim Aufrufen der Seite www.europass-info.de steht zunächst ein genereller Einstig, der die Hintergründe des EUROPASS für jeden erläutert: „Der EUROPASS und seine Dokumente". Weiter werden auf der horizontalen Navigationsleiste die Nutzer/-innen direkt über ihre Zugehörigkeit zu einer Zielgruppe angesprochen. Hier finden sich Zugänge für „Bewerberinnen und Bewerber" und für „Personalverantwortliche" in Unternehmen und Organisationen mit auf diese Zielgruppen abgestimmten Hintergrundinformationen. Schließlich finden „Institutionen", die schnell zur Beantragung des EUROPASS Mobilität möchten, leicht den entsprechenden Zugang mit den für sie relevanten Informationen.

Der Serviceteil der Einstiegsseite wird klar unterteilt in einen News-Bereich mit aktuellen Meldungen, einen Informationsbereich zu geplanten und bereits stattgefundenen Veranstaltungen inklusive Veranstaltungsarchiv sowie einen Downloadbereich mit Warenkorb zum kostenlosen Bestellen von Informationsmaterialien. Zusätzlich gibt es einen Pressebereich, in dem aktuelle Artikel und Pressemeldungen sowie Präsentationen zum Herunterladen hinterlegt sind.

Auf der Einstiegsseite besteht auch die Möglichkeit, die Sprache – Deutsch oder Englisch – zu wählen.

Auf den Folgeseiten werden die einzelnen EUROPASS-Dokumente über eine vertikale Navigationsleiste in ihrer bekannten Farbstellung präsentiert. Pull-down-Menüs führen zu weiteren Informationen:

Grün	der EUROPASS Lebenslauf;
Pink	der EUROPASS Sprachenpass;
Grau	die EUROPASS Zeugniserläuterungen;
Blau	der EUROPASS Mobilität;
Violett	das EUROPASS Diploma Supplement.

Auf der vertikalen Navigationsleiste liegen auch weitere Zugänge mit spezifisch auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnittenen Informationen, FAQs, eine Linkliste und ein Glossar.

Fazit

Das Design der neuen Website unterstützt das Ziel, die Bekanntmachung und Nutzung des EUROPASS zu optimieren. Es zeichnet sich durch Klarheit sowie ein modernes, positiv emotionales und vertrauenswürdiges Layout aus. Die Nutzerinnen und Nutzer werden freundlich empfangen und können leicht, schnell und intuitiv durch die Seiten navigieren. Dabei können sie zwischen den Zielgruppenangeboten – waagerechte Navigationsleiste – und den einzelnen EUROPASS-Dokumenten – senkrechte Navigationsleiste – wählen.

Verbesserte Rahmenbedingungen und mehr Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement

Europäischer Austausch hat für Deutschland auch nach 2011 Priorität

Josef Hecken ■■■ **Mit Beschluss des Europäischen Rates wurde 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (EJF 2011) erklärt. In Deutschland steht das bürgerschaftliche Engagement schon länger auf der politischen Agenda. Die Bundesregierung will sich zudem für einen europäischen Dialog zu dem Thema auch nach 2011 einsetzen.**

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland viele Gesichter: 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Vereinen, Verbänden oder Initiativen, in kirchlichen, karitativen, sozialen oder kulturellen Organisationen, in Umwelt- oder Bildungseinrichtungen, in Schulen, Kindergärten oder Feuerwehren und nicht zuletzt im Sport für das Gemeinwesen. „Ihr Engagement verändert das Leben der Engagierten selbst, es verändert das Leben ihrer Mitmenschen, und schließlich verändert es auch unser Land, das durch jede menschliche Zuwendung gestärkt und durch jede neue Idee zur Lösung einer gesellschaftlichen Herausforderung vorangebracht wird", heißt es in der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung, die am 6. Oktober 2010 verabschiedet wurde. Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für Engagement in Deutschland zu verbessern, innovative Ansätze zu unterstützen und Impulse für eine wirksame Engagementpolitik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu geben.

Darüber hinaus ist bürgerschaftliches Engagement auch im europäischen Kontext ein wichtiges Thema. Dies zeigt sich einmal mehr mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, zu dem das Jahr 2011 ausgerufen worden ist. „Freiwillig. Etwas bewegen!" – so lautet das Motto auf europäischer Ebene. Wie auch in Deutschland mit der Nationalen Engagementstrategie sollen durch das Jahr günstige Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in der EU geschaffen, das Potenzial der Organisatoren von Freiwilligentätigkeiten gestärkt, diese Tätigkeiten generell anerkannt und die Öffentlichkeit für den Wert und die Bedeutung von freiwilligem Engagement als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung sensibilisiert werden.

Um den unterschiedlichen Anforderungen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten gerecht zu werden, waren die EU-weiten Zielsetzungen im Hinblick auf die nationalen Herausforderungen von den nationalen Koordinierungsstellen für das Jahr – in Deutschland das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), unterstützt durch eine Geschäftsstelle bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) – anzupassen und zu präzisieren. In enger Beteiligung mit der Zivilgesellschaft wird in Deutschland im Laufe des Jahres ein besonderer Fokus auf generationenübergreifende Aktivitäten gelegt, wobei eine gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Älteren sowie Menschen mit Migrationshintergrund erfolgt, der Austausch mit Verbänden und Organisationen der Bürgergesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement intensiviert sowie eine bessere Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland unterstützt werden. Zur Umsetzung dieser Ziele wird in Deutschland eine Veranstaltungsreihe mit acht bundesweiten Regionalkonferenzen durchgeführt. Durch diese und die Vielzahl anderer Anlässe – so insbesondere die deutsche Station der Tour zum EJF durch die 27 EU-Mitgliedstaaten im Oktober 2011 in Berlin – soll die Botschaft des Jahres möglichst viele Menschen erreichen und insbesondere die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft zusammen bringen.

Eine Übersicht über die acht Regionalkonferenzen, zahlreiche andere Veranstaltungen im Laufe des Jahres und weitere Informationen finden Sie auf der für das Europäische Jahr 2011 eingerichteten Webseite unter www.ejf2011.de

Daneben wird sich Deutschland auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass das Europäische Jahr der Auftakt für einen regelmäßigen Dialog der Mitgliedstaaten zum Thema Freiwilligentätigkeit sein wird. Denn der internationale Austausch über Rahmenbedingungen und innovative Praktiken in diesem Bereich ermöglicht einen gegenseitigen Lernprozess, von dem wir alle profitieren werden. Und es gilt, Engagement in Deutschland wie in Europa über das Jahr 2011 mit seinen vielfältigen Themen und zahlreichen Beteiligten sichtbar zu halten und voranzubringen.

Ich würde mich über eine breite Beteiligung aller interessierten Akteure sowie engagierter Bürgerinnen und Bürger sehr freuen und hoffe auf Ihre Unterstützung – ganz im Sinne des Mottos: „Freiwillig. Etwas bewegen!"

■■■

Der Autor

Josef Hecken
ist Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Perspektiven für die Erwachsenen- und Weiterbildung

Lernergebnisse – Schlüssel für die Verständigung in Europa?

Prof. Dr. Nicolas Schöpf ▪▪▪ **Die vorletzte Ausgabe des Journals beleuchtete das Thema Lernergebnisse mit einer Reihe von Beiträgen. Prof. Dr. Volker Gehmlich eröffnete damals die Diskussion mit einem umfassenden Artikel unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Hochschulwesen (s. Journal 13, Juni 2010, S. 4 ff). In der letzten Journalausgabe hatte Prof. Dr. Georg Spöttl Stellung dazu genommen und dabei die berufliche Bildung ins Zentrum seiner Betrachtungen gestellt (s. Journal 14, Dezember 2010, S. 34). Im Folgenden wird die Bedeutung des Lernergebnisansatzes für die Erwachsenen- und Weiterbildung skizziert.**

Die Weiterbildung hat den Diskurs um Europäisierung der Berufsbildung bislang eher zögernd angenommen. Gegenwärtig rücken im Zusammenhang mit den Qualifikationsrahmen Fragen der Berücksichtigung und Zuordnung in den Vordergrund (Sabisch 2010; Arbeitsgruppe DQR 2010).

- Für den Bereich der formalen Weiterbildung geht es um die Gleichberechtigung berufsbezogener Weiterbildungsabschlüsse mit den Zertifikaten anderer Bildungsbereiche (etwa Hochschule, Berufsausbildung, Schule), über die eine bessere Anschlussfähigkeit von Weiterbildung erreicht werden soll.

- Damit im Zusammenhang werden verstärkte Bemühungen um die Anerkennungen non-formalen und informellen Lernens (Bedeutung und Verfahren) gefordert, die die innerhalb der allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung erzielten Lernergebnisse sichtbar und verwertbar machen sollen.

- Reklamiert wird schließlich die Anerkennung der Bedeutung der allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung (etwa politischer und kultureller Angebote). Begründet wird dies über den Bezug zu den europäischen Schlüsselkompetenzen, die als wesentliches Element lebenslangen Lernens verankert werden sollen (Europäische Kommission 2009).

Als entscheidender Faktor dafür, dass die Transparenzinstrumente ihre Potenziale entfalten können, gilt ihre Orientierung an Lernergebnissen. Ankommen wird es hier auf die Art der Beschreibung der Lernergebnisse und die Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus diesem neuen Paradigma für die Erwachsenen- und Weiterbildung ergeben:

- Von Lernergebnissen wird erwartet, eine Brücke zwischen der Entschulung der Weiterbildung und der Notwendigkeit zu schlagen, auch bei arbeitsplatznahem Lernen Transparenz und Vergleichbarkeit herzustellen. Lernziele, die vor allem für formalisierte Weiterbildung (Aufstiegsfortbildung etc.) existieren, sind als Anknüpfungspunkt allein nicht tragfähig: Für die Erfassung der Ergebnisse non-formalen und informellen Lernens bedarf es eines anderen Bezugssystems. Die Formulierung dessen, was an Kompetenz zum Zeitpunkt des Nachweises erwartet wird, sollte von einem Standpunkt erfolgen, der sowohl den unmittelbaren Bedarf des Beschäftigungssystems als auch darüber hinausreichende Aspekte berücksichtigt. Naheliegend ist dieser erweiterte Zugang auch mit Blick auf die Verknüpfung der Qualifikationsrahmen und Leistungspunktesysteme mit angrenzenden Initiativen wie den Schlüsselkompetenzen oder ESCO (Europäische Kommission 2009 und 2010).

- Als entscheidende Voraussetzung dafür, dass Lernergebnisse ihre Potenziale einlösen können, gilt die Qualität ihrer Beschreibung. Vorschnell allerdings wäre es, Qualität gleichzusetzen mit Genauigkeit bzw. hohem Detaillierungsgrad. Mit Blick auf detailgenaue Beschreibungen von Lernergebnissen wurde bereits kritisch auf die „Spirale der Spezifizierung" hingewiesen (CEDEFOP 2009). Ähnliche Ergebnisse gab es auch innerhalb der DECVET-Initiative (Fietz u. a. 2008). Sollen Lernergebnisse transparent und anwendbar sein, wird sich ihre Beschreibung an einem mittleren Abstraktionsgrad orientieren müssen. Zu große Detailgenauigkeit führt zu Beschränkungen der inhaltlichen und didaktischen Freiheit: Je konkreter ein Lernergebnis im Detail definiert ist, desto eindeutiger und festgelegter ist u. U. der methodische Weg, auf dem es zu erreichen ist. Letztlich können aus diesem Aspekt Beeinträchtigungen der Trägerlandschaft resultieren, wenn sich Träger auf technologische oder andere Ressourcen verpflichten müssen, die sie nicht vorhalten oder verfügbar haben.

- Aus der Orientierung an Lernergebnissen leiten sich veränderte Anforderungen an Qualität und Umsetzbarkeit der Angebote ab. Die Transparenz des erzielbaren Lernergebnisses soll gegenüber dem Nachfrager dazu führen, die Attraktivität von Weiterbildung zu erhöhen und die Motivation für Weiterbildungsbeteiligung zu steigern (CEDEFOP 2009). Für die Seite der Bildungsanbieter wird diese höhere Transparenz der Angebote zu Segen und Fluch zugleich: Sie schafft einerseits die Möglichkeit, das Programm besser zu vermarkten, verpflichtet andererseits gleichzeitig zur Rechenschaft über die Erfüllung der Versprechen. Noch ungeklärt ist, ob der Nachweis der Erfüllung öffentlich oder durch den Markt geregelt wird: also durch trägerübergreifende Prüfungsstandards oder durch die Akzeptanz, die ein Träger und seine Angebote auf dem Markt genießen.

■ Nicht zuletzt berührt das Paradigma der Lernergebnisse auch das professionelle Selbstverständnis der Erwachsenen- und Weiterbildung. Im Kontext der Lernergebnisse werden Lerninhalte, Didaktik, Nachweisverfahren etc. jeweils vom intendierten (oder beworbenen) Ergebnis her abgeleitet. Die Nähe des Ansatzes, alle Prozesselemente vom herzustellenden Ergebnis her zu denken, zu der als überwunden geglaubten Vermittlungsdidaktik ist augenfällig. Insofern bedarf es hier auch einer Vergewisserung über den professionellen Zugang zu Lernergebnissen, wenn nicht überkommene didaktische Muster wieder eingeführt werden sollen.

Literatur:

CEDEFOP (Hg.): Der Perspektivwechsel hin zu Lernergebnissen. Luxemburg 2009

Europäische Kommission: Presentation fiche: ESCO, the forthcoming European Skills, Competencies and occupations taxonomy. Brussels 2010

Europäische Kommission: Schlüsselkompetenzen für eine Welt im Wandel. Brüssel 2009

Fietz, G. / Reglin, T. / Schöpf, N.: Doppelter Nutzen durch ECVET: Grenzüberschreitende Mobilität und Durchlässigkeit in der deutschen Berufsbildung steigern. In: [BWP] Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 5. Bielefeld 2008, S. 10–13

Sabisch, W.: Zertifikate und Schlüsselkompetenzen sichtbar machen. In: DIE-Zeitschrift 3/2010, S. 49–52

Arbeitsgruppe DQR: Stellungnahme der Weiterbildung zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR). Bonn 2009. www.bildungsverband.info/stellungnahme_dqr_weiterbildung1.pdf

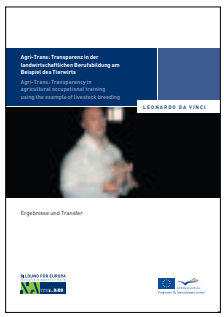
Der Autor

Prof. Dr. Nicolas Schöpf
ist Professor für Erwachsenenbildung und Weiterbildung an der Universität Würzburg.

In eigener Sache: Neue Printprodukte

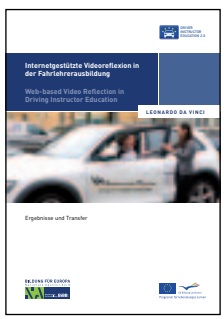
Ein neu entwickelter **Motivationsflyer** richtet sich an die Zielgruppe der unentschlossenen Jugendlichen, indem er die Vorteile von beruflicher Auslandserfahrung aufzeigt. Anders als bei den anderen Flyern der NA im DIN-lang-Format steht dieses Mal die Programminformation zu LEONARDO DA VINCI im Hintergrund, dafür kommen auslandserfahrene Jugendliche selbst zu Wort – ihr Fazit: **Auslandserfahrung – Entdeckt selbst die Möglichkeiten!**

Erfolgreiche LEONARDO DA VINCI-Innovationstransferprojekte haben die Möglichkeit, ihr Vorgehen und die Ergebnisse bzw. Produkte ihrer Arbeit als **Projektinfoblatt** einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Die Reihe umfasst mit den drei Neuerscheinungen aktuell 26 Produkte.



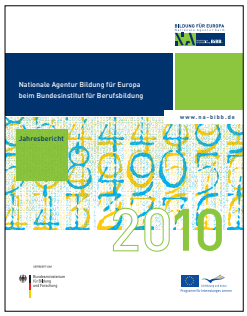
Der „Agripass" und das „Register landwirtschaftlicher Berufe" sollen die europaweite Vergleichbarkeit von Qualifikationen im landwirtschaftlichen Sektor verbessern und damit insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten der vielen Wanderarbeitskräfte fördern. Im Rahmen des LEONARDO DA VINVI-Innovationstransferprojekts **Agri-Trans – Transparenz in der landwirtschaftlichen Berufsausbildung** haben Agrargewerkschaften aus Deutschland und sieben weiteren EU-Ländern beide Instrumente bei den Trägern der Berufsbildung verbreitet und Empfehlungen für ihre Weiterentwicklung am Beispiel des Tierwirts (Schweinehaltung) erarbeitet. Ein Ziel ist es, beide Instrumente zukünftig in EURES einzubinden.

Im Innovationstransferprojekt **Inclusive Modules – moving young people on** wurden erstmals gemeinsame europäische Qualitätsstandards für die Arbeit mit Modulen in der Benachteiligtenförderung definiert. Die Qualitätsstandards basieren auf in den sechs beteiligten Ländern (DE, BE, DK, PL, RU, GB) durchgeführten Erhebungen und Analysen und stehen als E-Tool zur freien Verfügung. Daneben gibt es eine Printversion. „Inclusive Modules" unterstützt Fachkräfte, die im Bildungs- oder sozialen Bereich mit Jugendlichen arbeiten, um diese in ihrer sozialen, beruflichen und persönlichen Entwicklung zu fördern.



Das Innovationstransferprojekt **Driver Instructor Education** 2.0 unter Federführung der deutschen Ghostthinker GmbH möchte durch den Einsatz der **internetgestützten Videoreflexion** die Lehrkompetenz angehender Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer in ausgewählten europäischen Ländern (DE, BE, AT, IT) fördern. In einem Online-Portal können Fahrlehreranwärter, aber auch erfahrene Fahrlehrer Videos ihrer Fahrstunden anschauen und nach speziellen Aufgabenstellungen bearbeiten. Neben der primären Zielgruppe sind die Projektergebnisse auch für weitere Berufsgruppen von Interesse: Transferpotenzial besteht z. B. für Ausbilder/-innen im Bereich der Industrie, die ihre bisherige Arbeit professionalisieren wollen.

Neuer Jahresbericht der NA beim BIBB



Ende März hat die NA beim BIBB ihren **Jahresbericht** für das Jahr 2010 veröffentlicht. Auf 80 Seiten Text und in einem separaten Statistikteil präsentiert sie die Entwicklungen in den von ihr betreuten Programmen sowie die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Projektdarstellungen aus den Bereichen LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG zeigen die Ergebnisse und Möglichkeiten vorbildhafter Projektarbeit auf und geben den Programmen ein anschauliches Profil über Fördersummen und Teilnehmerzahlen hinaus.

Granato, Mona; Münk, Dieter; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Migration als Chance – Ein Beitrag der beruflichen Bildung

Wie können Personen mit Migrationshintergrund eine bessere Qualifizierung erhalten? Wie kann ihre Teilhabe an beruflicher Bildung und ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden? Wie können Schul- und Berufsabschlüsse des Herkunftslandes in Deutschland anerkannt und genutzt werden? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN), die in dem Sammelband dokumentiert ist.

Der Band kann beim W. Bertelsmann Verlag unter www.wbv.de für 28,90 bestellt werden.
ISBN: 978-3-7639-1142-2.

Mobil in Europa – Ein Wegweiser zum Lernen und Arbeiten im Ausland

Eine vom Nationalen Europass Center erstellte „Netzwerktabelle" bietet allen an einem Auslandsaufenthalt Interessierten einen schnellen Überblick darüber, welche Service- bzw. Informationsleistungen die bekanntesten Akteure im Bereich Mobilität anbieten. Die Tabelle kann unter www.europass-info.de heruntergeladen werden.

Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) besteht seit dem Jahr 2000 und arbeitet im Auftrag und mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der Europäischen Kommission. Sie ist Nationale Agentur für das Europäische Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen (2007–2013) in Deutschland und betreut in dieser Funktion die Einzelprogramme LEONARDO DA VINCI für die Berufsbildung und GRUNDTVIG für den Bereich der Erwachsenenbildung. Die NA beim BIBB ist ferner Nationales Europass Center und Nationale Koordinierungsstelle für die Umsetzung von ECVET in Deutschland. Sie nimmt darüber hinaus verschiedene europabezogene Sonderaufgaben wahr. Seit November 2009 ist die NA beim BIBB zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

Wir engagieren uns für langfristige europäische Zielsetzungen und die Schaffung eines „Europäischen Bildungsraums".

Wir setzen europäische Bildungsprogramme und Initiativen in der konkreten Arbeit um

- durch eine qualifizierte Information und Beratung,
- durch eine kompetente Projektbetreuung von der Bewertung und Begutachtung eingereichter Förderanträge bis hin zur Begleitung (inhaltliches und finanzielles Monitoring) der in Deutschland geförderten Projekte,
- durch eine Vernetzung europäischer und nationaler Projekte und
- durch eine Unterstützung und Verbreitung der Programm- und Projektergebnisse.

Aktuelle Informationen zum Programm für lebenslanges Lernen sowie den Einzelprogrammen LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG und weiteren Aufgaben der NA beim BIBB stehen auf der Website der NA (www.na-bibb.de) zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB)
Robert-Schuman-Platz 3 ▮ 53175 Bonn ▮ (Postanschrift: 53142 Bonn)
Tel. 0228/107-1676 ▮ Fax 0228/107-2964 ▮ infodienst@bibb.de ▮ www.na-bibb.de
Verantwortlich: Klaus Fahle ▮ **Redaktion:** Dr. Gabriele Schneider, Sigrid Dreissus-Meurer
Redaktionsschluss: 18. 04. 2011 ▮ **Erscheinungsweise:** Halbjährlich ▮ **Auflage:** 8.000
Gestaltung: kippconcept, Bonn ▮ **Titelbild:** JOKER, Bonn ▮ **Druck:** Engelhardt, Neunkirchen

Für unverbindlich eingesandte Manuskripte, Bildmaterial und andere Unterlagen wird keine Haftung übernommen. Artikel, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten. ▮ **ISSN 1616-5837**

Veranstaltungen zum Programm für lebenslanges Lernen (PLL)

Titel der Veranstaltung	Zielgruppe	Datum	Ort	Zuständigkeit	Weitere Informationen
Zweite Projektentwicklungs-werkstatt für neue Antragstellende	Neue Antragsteller in LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG Lernpartnerschaften sowie Innovationstransfer	28. 06. 2011	Bonn	NA beim BIBB	http://www.na-bibb.de/veranstaltungen_und_termine_158.html
6. BIBB-Berufsbildungskongress	Interessierte aus Politik, Wissenschaft und Berufsbildungspraxis	19.-20.09.2011	Berlin	BIBB	http://www.na-bibb.de/veranstaltungen_und_termine_158.html
EUROPASS auf Messe Zukunft Personal	Personalverantwortliche	20.-22.09.2011	Köln	NA beim BIBB	Demnächst unter: http://www.europass-info.de
Jahrestagung der NA beim BIBB	Projektnehmer, potenzielle Antragsteller	13.-14.10.2011	Bonn	NA beim BIBB	http://www.na-bibb.de/veranstaltungen_und_termine_158.html

Aktuelle Ausschreibungstermine

Programm	Antragsfrist	Wo muss der Antrag eingereicht werden?	Weitere Informationen
GRUNDTVIG			
Berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung, Besuche und Austausche	16. 09. 2011	NA beim BIBB	NA beim BIBB
Vorbereitende Besuche	ab 16. 06. 2011	NA beim BIBB	NA beim BIBB
LEONARDO DA VINCI			
Mobilitätsprojekte – Kleine Projekte (nur neue Antragsteller)	bis 31. 10. 2011	NA beim BIBB	NA beim BIBB
Vorbereitende Besuche	ab 16. 06. 2011	NA beim BIBB	NA beim BIBB
Querschnittsprogramm			
Studienbesuche	14. 10. 2011	PAD	PAD

Die Angaben basieren auf dem aktuellen Informationsstand. Alle Angaben ohne Gewähr. Redaktionsschluss: 18. 04. 2011

Wichtige Internet-Adressen

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) http://eu.daad.de/eu/index.html
Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB (NA beim BIBB) http://www.na-bibb.de
Nationales Europass Center (NEC) http://www.europass-info.de
Nationale Agentur im Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz http://www.kmk-pad.org

EU-Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_de.html
Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EA), Brüssel http://eacea.ec.europa.eu/index.htm
EUROPASS http://europass.cedefop.europa.eu/europass/
Europäisches Sprachensiegel http://ec.europa.eu/education/languages/european-language-label/index_de.htm
Europäische Projekt- und Produktdatenbank ADAM http://www.adam-europe.eu
Datenbank EST für Partnerschaften-Projekte http://www.europeansharedtreasure.eu
Bildungspolitik der EU http://www.eu-bildungspolitik.de
Europäisches Leistungspunktesystem in der beruflichen Bildung in Deutschland http://www.ecvet-info.de
Gemeinsame Website der Nationalen Agenturen für das PLL in Deutschland http://www.lebenslanges-lernen.eu

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur

ISSN 1616-5837